Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopodienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
[illegible]

Berlin, den 26.Jan.1933.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Dresden.

Wer sind die Schuldigen?

SPD. Am Mittwoch demonstrierten in Berlin die Kommunisten in mustergültiger Ordnung und Disziplin. Wieviel Vernunft, Disziplin und Selbstbeschränkung für die Veranstalter, die Teilnehmer und für die Polizei zu dem Ergebnis eines solchen Aufmarsches gehören, das lehrte uns eine am gleichen Mittwoch von den Kommunisten in Dresden veranstaltete Kundgebung.

In Dresden hatten sich tausend Demonstranten in einem Saal versammelt. Auch hier war die Polizei vertreten. Und das Ergebnis? Am Donnerstag vernahmen wir die schreckliche Kunde, dass neun Tote und elf Schwerverletzte die Opfer dieser Versammlung waren. Neun tote Arbeiter und Familienväter, das nutzlos vergossene Blut von zwanzig Menschen, die meist die Not und der Hunger in diese Versammlung getrieben haben, das ist die schwere aus Dresden gemeldete Anklage.

Gegen wen? Gegen beide Seiten! Wenn es allzu wahr ist, dass Hunger und Kälte und die von einer schimpflichen Reaktion doppelt aufgewühlten politischen Leidenschaften an den Nervensträngen ziehen, dann hat die Verantwortung der leitenden und führenden Personen doppelt und dreifach gross zu sein. In Berlin hatte die kommunistische Führung, sowohl am Sonntag bei der Naziprovokation als auch am Mittwoch, dieses Mass von Verstand und politischer Klugheit walten lassen. Die kommunistische Zentrale hatte sogar zwei ihrer Mitglieder und Reichstagsabgeordnete zu dem Kanzler-General Schleicher entsandt, um mit ihm die Grenzen der kommunistischen Taktik sowohl für den vergangenen Sonntag als für den folgenden Mittwoch abzustecken. Eine kleine Versammlung in Dresden war gewiss kein Anlass um deshalb mit dem Polizeiminister zu beraten. Aber die kommunistische Leitung in Dresden hätte allen Anlass gehabt, mit sich selbst zu Rate zu gehen. Als eine "revolutionäre, sozialistische Arbeiterpartei" hätte sie sich nur den Redner des Abends anzusehen brauchen, um zu wissen, dass es unverantwortlich ist, einen Mann auf eine Arbeiterversammlung loszulassen, der zwei Wochen vorher noch der Hitlerpartei angehört hat, jener Partei, die die Fememörder grosszieht und duldet und gegen die sich der Protest dieser Versammlung richten sollte. Von wem hat dieser ehemalige Nazi-Hetzer und Nazikapellmeister innerhalb zwei Wochen das Alphabet des Kommunismus und Sozialismus gelernt? Mit welchem Recht und mit welchem Befähigungsnachweis darf ein solcher Mann und dazu in solchen Zeiten als Referent einer Arbeiterversammlung auftreten? Genügt es das Parteiabzeichen zu wechseln, statt das Hakenkreuz den Sowjetstern anzulegen, um aus einem tüchtigen Mitglied des Braunen Hauses und der Potemba-Partei Adolf Hitlers ein ebenso überzeugter und tüchtiger Funktionär, Versammlungsredner und begeisterter Anhänger Thälmanns zu werden?

Erbärmliche Zeiten, erbärmliches Zeugnis für eine sozialistische Partei,

die solches duldet und fördert und deren Agitatoren gemessen werden an der Grösse des Maulwerks statt an dem Grad des Charakters, des Wissens, der Erfahrung, der politischen und organisatorischen Erprobung und Standhaftigkeit. Zehn Jahre Herrn Hitler zu dienen, Krach mit dem Braunen Haus zu bekommen und ein kommunistisches Parteiabzeichen zu erwerben, es reicht für die KPD, einen solchen eben übergelaufenen Menschen als Redner in die Versammlungen zu schicken. Die Walze gegen die SPD bleibt dieselbe und braucht nicht ausgewechselt zu werden.

In Dresden war die Rede eines solchen neugebackenen Kommunisten der Anlass zur polizeilichen Auflösung der Versammlung. Es sei dahingestellt, ob diese Auflösung berechtigt war, oder nicht. Jedenfalls beginnt das Schuldkonto der Polizei mit den blutigen Ereignissen nach der Auflösung. Die Polizeibeamten erklären, sie seien angegriffen worden. Aber selbst wenn das richtig ist, so gibt es für die Art, wie sich die Polizei gewehrt hat, keine Rechtfertigung. Als das Blutbad begann, hatte der grösste Teil der Demonstranten den Saal bereits verlassen. Die Abwehr der Polizei hätte deshalb nicht so vor sich zu gehen brauchen, wie das geschehen ist. Selbst wenn den 30 Polizeibeamten noch hundert oder gar zweihundert Versammlungsteilnehmer gegenüber gestanden haben würden, hätte es möglich sein müssen sie durch Schreckschüsse und mit dem Gummiknüppel in Schach zu halten. Stattdessen wurde ein Gewehrfeuer entfacht, als ob auf der Gegenseite eine schwerbewaffnete Macht gestanden hätte. Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat deshalb aus guten Gründen eine strenge Untersuchung, die Bestrafung und Entlassung der schuldigen Beamten verlangt.

Die Reaktion glaubt aus dem Blute von Dresden Honig saugen zu können. Sie fordert das Verbot der Arbeiterparteien und die Aufhebung aller Rechte des Volkes. Der Fall Dresden lehrt jedoch, dass nur die Wiederherstellung aller Volksrechte, wozu auch die Beseitigung der Polizei aus den Versammlungen gehört, die Gewähr geben kann, dass der im Volk vorhandene Explosionsstoff nicht vermehrt wird. Freiheit für die Reaktion hiesse ein Vabanque-Spiel treiben, dessen Folgen unermessbar sind!

SPD. Bochum, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

In Buer sind eine Reihe von Nazi-Amtswaltern ihrer Ämter enthoben worden, weil sie umfangreiche Unterschlagungen begangen hatten.

Die Nazi-Ortsgruppe Buer ist völlig überschuldet und zahlt seit Monaten weder für das SA-Heim noch für die Buchhandlung Miete. Auch das grosse Parteibüro wurde aufgegeben. Die Einstellung der Zahlungen hat eine Reihe Gläubiger auf den Plan gerufen, denen aber von den neuen Unterführern die kalte Schulter gezeigt wird. Die Formationen, die ohne Geldmittel sind, befinden sich in völliger Zersetzung.

SPD. Wien, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Veranlasst durch eine nationalsozialistische Denunziation, haussuchte die Wiener Polizei am Donnerstag in einem Amtsgebäude der Stadt Wien nach 4000 Handgranaten, die dort angeblich von Sozialdemokraten versteckt worden sein sollten. Aber die Polizeiaktion förderte weder eine Handgranate noch eine andere Waffe zutage.

SPD. Dessau, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Dem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten des Freistaates Anhalt wurde am Donnerstag durch Gerichtsbeschluss nachgewiesen, dass er seine amtlichen Funktionen zu parteipolitischen Zwecken ausnutzt.

Im Jahre 1931 wurde der sozialdemokratische Stadtrat Sinsel in Dessau auf 12 Jahre als besoldeter Stadtrat gewählt. Im August 1932 zog die inzwischen ans Ruder gekommene Naziregierung die Bestätigung dieses Stadtrats zurück und verfügte seine Amtsenthebung. Jetzt hat das Gericht entschieden, dass dem widerrechtlich entlassenen Stadtrat bis 1943 das volle Gehalt gezahlt werden muss; ebenso bleiben seine Pensionsansprüche bestehen. Die Willkür des Nazi-Ministerpräsidenten muss das Volk bezahlen.

SPD. Seitdem die Nazis den Reichstag lahmgelegt und den autoritären Regierungen Papen und Schleicher zur Macht verholfen haben, wird die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Rücken der breiten Massen durchgeführt. Löhne, Gehälter und Unterstützungen sind bis zur Unerträglichkeit gekürzt worden. Jetzt will man sogar notwendige Nahrungsmittel, so die Margarine, erheblich verteuern. Ende Dezember ist durch eine Notverordnung die Beimischung von Butter zur Margarine zugelassen worden. Die Aufhebung dieser Notverordnung verlangt ein Antrag der Sozialdemokraten, der in der Donnerstagsitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags zu einer scharfen Auseinandersetzung mit der verfehlten, nur den Junkern nützenden Agrarpolitik der jetzigen Regierung führte.

In der Aussprache wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Wissell festgestellt, dass der Beimischungszwang die Margarine verteuere, weniger haltbar mache, die Kaufkraft der ärmeren Bevölkerung einschränke und durch schlechtere Ernährung auch den Gesundheitszustand weiter herabdrücke. Abg. Dr. Hilferding (Soz) polemisierte gegen den Minister von Braun, der zwar gemeint habe, der Beimischungszwang sei "kein Allheilmittel" für die Landwirtschaft, ihn aber doch durchführen wolle. Hilferding stellte fest, das Schlimmste sei, dass die Führer des Bundes der Landwirte nicht den Mut hätten, den Landwirten zu sagen, dass die von ihnen propagierten Mittel der Landwirtschaft keine Hilfe bringen könnten. Bisher hätten alle Massnahmen nur die Kaufkraft der Verbraucher zerstört, den Landwirten aber nicht genutzt. Die deutsche Landwirtschaft habe immer mit dem Schlagwort "Nahrungsfreiheit" gearbeitet. Jetzt, wo sie erreicht sei, habe sie Ueberproduktion auf dem Getreidemarkt hervorgerufen. Durchdiese künstliche Stützung der Getreide- und der Futtermittelpreise sei aber die bäuerliche Landwirtschaft schwer geschädigt worden. Nun wolle man auch noch die Futtermittel wesentlich verteuern. Der Beimischungszwang von Butter zu den besseren Margarinesorten werde den Verbrauch von Margarine nicht einschränken, sondern steigern. Die Verdienstspanne der Margarinefabrikanten könne von der Regierung ohne Beimischungszwang besser herabgedrückt werden als mit ihm. Im Interesse der Verbraucher aber auch der Landwirtschaft verlange die Sozialdemokratie, dass der Unfug des Beimischungszwanges unterlassen werde.

Die Nationalsozialisten beteiligten sich bezeichnenderweise an dieser Debatte überhaupt nicht. Ihr Führer, der mit einem Gehalt von 24 000 Mark besoldete und lebenslänglich angestellte Direktor des Reichslandbundes, Sybel, stellte den Antrag, die Abstimmung zu vertagen, da sich seine Fraktion bei sofortiger Abstimmung weder positiv noch negativ entscheiden könne. Der Antrag auf Vertagung der Abstimmung wurde trotz heftigen Widerstandes der Sozialdemokraten mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Deutschnationalen beschlossen.

SPD. Die Sozialdemokratische Partei Gross-Dresden hat anlässlich der blutigen Vorfälle am Mittwoch-Abend folgenden Aufruf erlassen:

"An die Arbeiterschaft Dresdens!

In der Nacht vom 25. zum 26.Januar sind in Dresden in einer kommunistischen Versammlung neun Arbeiter erschossen und elf schwerverletzt worden. Grosse Aufregung herrscht in der Dresdner Bevölkerung über diesen blutigen Vorfall.

Gleichgültig, von welcher Seite der erste Schuss gefallen ist, ob von Versammlungsbesuchern, wie das der Polizeibericht behauptet, oder von anderer Seite: zu einem solchen Blutbad in einer öffentlichen politischen Versammlung durfte es nicht kommen. Hauptschuld trifft jene Kreise, die die nach der Verfassung gewährleistete freie Meinungsäusserung unterbinden. Auf der anderen Seite muss auch gesagt werden, dass Provokationen, wie sie die Kommunisten immer wieder anwenden, zu schweren Auseinandersetzungen führen müssen. Jahrelang haben die Kommunisten gegen sozialdemokratische Beamte in leitenden Stellungen gewütet und gehetzt. Jetzt zeigt sich die Folge einer solch verantwortungslosen Politik für die Arbeiterschaft. Erst musste Menschenblut fliessen, ehe die Sinnlosigkeit der kommunistischen Taktik allen Arbeitern klar wurde. Die Dresdner Arbeiterschaft trauert um die Toten.

Die Sozialdemokratische Partei erhebt gegen das blutige Vorgehen der Dresdner Polizei schärfsten Protest. Sie wird in grossen Protestkundgebungen zu der Situation Stellung nehmen.

Arbeiter! Parteigenossen! Gewerkschaftskollegen! Folgt in dieser schweren Stunde nur den Parolen Eurer Organisation. Für Euch sind massgebend die Beschlüsse der Sozialdemokratie und der Eisernen Front! Lasst Euch nicht provozieren! Lasst Euch nicht missbrauchen, weder von Kommunisten noch von Nationalsozialisten!

Es lebe die Freiheit!"

SPD. Wilhelmshaven, 26.Jan. (Eig.Dr.)

Der nationalsozialistische Präsident des oldenburgischen Landtages hat dem Berichterstatter des sozialdemokratischen Volksblatts für Oldenburg-Ostfriesland, dem Chefredakteur Kliche, das Betreten der Landtagstribüne auf ein halbes Jahr verboten. Als Grund führt er die angeblich "unsachliche und wahrheitswidrige Berichterstattung über die letzten beiden Sitzungen des Landesparlamentes" an.

In den betreffenden Sitzungen hat sich der Landtagspräsident neben zahlreichen Entgleisungen schwere Vergehen gegen die Geschäftsordnung zuschulden kommen lassen. Am Reichsgründungstage orakelte er zur Eröffnung der Sitzung über den "Dolchstoss von 1918". Von einem kommunistischen Abgeordneten sagte er bei der Worterteilung, es sei "ein Skandal, dass man einen Moskau-Jünger im oldenburgischen Landtag sprechen lassen muss". Einem Zentrumsabgeordneten entzog er mitten in der Rede das Wort, als dieser über die Dienstversäumnisse des Landtagspräsidenten in seiner Eigenschaft als Eisenbahnbeamter sprach. Das alles war in dem sozialdemokratischen Volksblatt für Oldenburg-Ostfriesland scharf kritisiert worden. Aus Rache entzog der Nazi-Präsident dem Berichterstatter die Berechtigung zum Betreten der Landtagstribüne, obwohl Kliche der einzige sozialdemokratische Berichterstatter im oldenburgischen Landtag ist.

SPD. Am Freitag nachmittag tritt der Ältestenrat des Reichstags wieder zusammen. Er soll entscheiden, ob der Reichstag, wie es in der letzten Sitzung des Ältestenrats vorgesehen war, am 31.Januar zusammentritt oder nochmals vertagt wird. Eine kurzfristige Vertagung dürfte kaum in Frage kommen, weil der Reichskanzler in diesem Falle den Reichspräsidenten ersuchen würde, gemäss Artikel 24 der Reichsverfassung die Einberufung des Reichstags zu veranlassen.

Wie sich der Ältestenrat schliesslich entscheiden wird, ist zur Stunde noch völlig ungewiss. Sicher ist nur, dass die Nationalsozialisten keine Neuwahlen wünschen und einem Konflikt mit der Regierung Schleicher mindestens bis zum Sommer auszuweichen trachten. Das wäre durch eine nochmalige Vertagung des Reichstags auf längere Zeit oder auch dadurch möglich, dass die Regierung Schleicher durch eine Bürgerblock-Regierung von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum bezw. eine Regierung der Harzburger Front ersetzt wird, die die Unterstützung des Zentrums und dadurch eine Mehrheit im Parlament findet.

Ueber diese Möglichkeiten zur Verhinderung von Neuwahlen ist in den letzten Tagen insbesondere zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen eifrig gekuhhandelt worden. Vor allem bei den Nationalsozialisten waren und sind die leeren Kassen der Braunen Häuser die Triebfeder dieses Handels. Sie leben in der Ueberzeugung, dass sofortige Neuwahlen - und die wären bei einem Konflikt mit Schleicher unvermeidlich - ungeheure Saalmieten für Versammlungen verschlingen würden, während sie dieses Geld sparen oder für andere Zwecke verwenden können, wenn erst im Sommer gewählt wird und sie Wahlpropaganda unter freiem Himmel treiben können. Im Grunde genommen ist es die Angst vor Neuwahlen, die Hitler wieder zu den "feinen Leuten", zu Hugenzwerg und zu dem "Feind des Volkes" von Papen geführt hat.

Das Ergebnis des aus Wahlängsten nun seit Tagen geführten Kuhhandels ist bisher nicht bekannt. Immerhin lassen die Gerüchte darüber erkennen, dass keine weitere Vertagung des Reichstags, sondern möglichst eine Regierung der Harzburger Front angestrebt wird, die vom Zentrum toleriert werden soll. Die einen nennen Hitler als Reichskanzler dieser Regierung, die anderen den "Feind des Volkes" von Papen. Ihr sollen ferner angehören Goering oder Frick als Innenminister, Hugenberg als Wirtschaftsdiktator, der unvermeidliche Schacht als Finanzminister und schliesslich der pensionierte General und Mitinhaber der Berliner Börsenzeitung,von Stülpnagel, als Wehrminister. Schleicher und mit ihm die übrigen Mitglieder seines Kabinetts sollen endgültig verschwinden. In dieser Beziehung, hinsichtlich der Zusammensetzung der Harzburger Regierung und auch inbezug auf das Programm scheinen sich die Hitlerianer mit den "feinen Leuten" bereits weitgehend verständigt zu haben. Jedenfalls ist das daraus zu schliessen, dass Hugenberg beauftragt wurde, zunächst mit dem Zentrumsführer Kaas weitere Besprechungen zu führen.

Das Zentrum soll das Vergnügen haben, die Harzburger ohne jede Gegengabe und ohne jeden Einfluss an die Macht zu bringen und vorläufig zu tolerieren. Sitzen wir erst im Sattel, so schlussfolgern Hitler und die "feinen Leute", dann wird sich alles weitere von selbst ergeben, dann steht das Notstandsrecht des Staates in naher Zukunft, dann sind wir den Reichstag los und wirtschaften wie wir wollen: Die letzte Etappe zur Ausrufung des Dritten Reiches wäre erreicht. Wie es scheint, stellt man auch im Zentrum derartige Erwägungen an, sodass die Harzburger Geschäfte von dieser Seite her kaum gefördert werden dürften.

Aber selbst wenn es anders wäre, selbst wenn das Zentrum auf den Harzburger Leim kriechen sollte, so bliebe als ausschlaggebender Faktor immer noch der Reichspräsident. Aus seiner Umgebung verlautet bisher nichts zu den endlosen Gerüchten, die am Donnerstag-Abend Berlin durchschwirrten. Aber es hat den Anschein, dass auch jetzt wieder eine Kamarilla eifrig am Werke ist, um Schleicher das gleiche Schicksal angedeihen zu lassen, das seinerzeit gegenüber Brüning glückte. Nur geht es diesmal nicht wie damals mit sondern gegen

Schleicher. Immerhin scheint Schleicher persönlich gegenwärtig noch guter Hoffnung zu sein. Er liess am Donnerstag-Abend alle Rücktrittsgerüchte dementieren.

Was am Freitag oder tags darauf wird, dürfte auch der Reichskanzler im Augenblick nicht wissen.

SPD. München, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Ältestenrat des bayerischen Landtags beschloss am Donnerstag, die Wahl eines Ministerpräsidenten von der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung am 31.Januar abzusetzen.

Die Erörterung darüber begann mit höhnischen Bemerkungen des Kommunisten Boulanger, die vor allem an die Adresse der Nazis gerichtet waren. Nach kurzem Zwiegespräch sprang plötzlich Nazi-Esser auf, packte den Kommunisten von hinten und warf ihn an die Saaltür. Durch das Eingreifen anderer Mitglieder des Ältestenrates wurden weitere Tätlichkeiten verhindert. Im weiteren Verlauf wollte Esser seine Gewalttaten wiederholen. Der Präsident wies ihn aber aus dem Saal, doch protestierten die Nazimitglieder so erfolgreich dagegen, dass die wüste Szene mit zwei Ordnungsrufen für Esser und Boulanger zunächst beendet wurde. Der Kommunist hatte gedroht, dass er sich künftig gegen derartige Ueberfälle sichern werde.

SPD. Dresden, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Sächsische Landtag debattierte am Donnerstag die Ereignisse in der kommunistischen Versammlung in Dresden, in der neun Arbeiter erschossen wurden. Die Sitzung des Landtages war eine der stürmischsten, die in diesem Hause erlebt wurde. Dreimal musste die Tagung unterbrochen werden.

Der Minister des Innern erklärte zu den blutigen Ereignissen, die Untersuchung sei noch im Gange, er wolle sich vorläufig jedes Urteils enthalten. Die Beamten seien vonder Galerie aus beschossen worden. Diese Schüsse hätten uniformierte Beamte von sich aus ohne Befehl zum Anlass genommen, nach der betreffenden Stelle der Galerie zu schiessen. Mehrere Beamte hätten einen Mann gesehen, der, hinter einer Säule in Deckung stehend, auf die uniformierten Beamten schoss. Als Beweis, dass von der Galerie geschossen wurde, seien Einschüsse an den Möbelstücken und im Parkett des Fussbodens an der Stelle, wo die Beamten gestanden hätten, zu betrachten. Es habe sichgezeigt, dass durch die Aufhebung des Burgfriedens, die nach Ansicht der sächsischen Regierung etwas übereilt erfolgt sei, derartigen Vorgängen Tür und Tor geöffnet werde. Die Regierung werde von sich aus alle Massnahmen treffen, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten. Vorläufig sei ein Demonstrationsverbot für Dresden verfügt worden.

Der sozialdemokratische Abg. Edel antwortete: Nicht ein allgemeines Demonstrationsverbot sei notwendig, sondern die strengste Bestrafung des Schuldigen. Die Auflösung der Versammlung erscheine als ungeheuerlich. Es sei ein alltäglicher Vorgang, dass Nationalsozialisten zum Hängen politisch Andersdenkender auffordern, ohne dass dagegen eingeschritten werde. Nach den Informationen, die die sozialdemokratische Landtagsfraktion bekommen habe, habe der KPD-Redner Fraedrich dem Sinne nach gesagt: "Wenn die Faschisten morden und stechen, dann werden wir auch in der gleichen Weise morden und stechen. Wenn die Faschisten ihre Mordpropaganda weitertreiben, so sei es ganz selbstverständlich, dass die Arbeiterschaft sich dagegen zur Wehr setze." Nach den vorläufigen Zeugenaussagen sei das Vorgehen der Polizei völlig unverständlich.

Wahllos sei geschossen worden, nachdem der berühmte erste Schuss losgegangen sei. Wahllos sei auf die Fliehenden, wahllos auch auf der Strasse geschossen worden, wahllos seien die Männerund Frauen, die in der Versammlung gewesen seien, zur Unkenntlichkeit zertrampelt worden. Es klinge in keiner Weise glaublich, dass die Gewehre von selbst losgegangen seien. Der verantwortliche Beamte hätte entweder unerhört verbrecherisch oder unerhört leichtfertig gehandelt und müsse sofort bestraft werden. Der Untersuchungsausschuss des Landtages müsse die Untersuchung des Falles sofort in die Hand nehmen.

Als dann der kommunistische Abgeordnete Renner sprach, kam es infolge von Sturmszenen zu einer Unterbrechung der Landtagssitzung. Ein nationalsozialistischer Journalist, rief nach den übereinstimmenden Zeugenaussagen mehrerer Abgeordneter Schimpfereien gegen die Kommunisten in den Saal. Der kommunistische Abgeordnete Sindermann stürmte daraufhin auf die Tribüne, packte den in Frage kommenden Journalisten und versuchte ihn mit Gewalt von der Tribüne zu entfernen. Daran wurde er durch andere Journalisten gehindert. Die Sitzung wurde schliesslich unterbrochen. Zu weiteren erregten Auseinandersetzungen kam es dann auf dem Korridor des Landtagsgebäudes nebender Journalistentribüne, wo sich inzwischen ausser einigen Abgeordneten der Linken der Nazi-Abgeordnete Dr. Bennecke eingefunden hatte, dessen Immunität aufgehoben ist, weil er im Verdacht steht, die Mörder des Hentzsch begünstigt zu haben. Der kommunistische Abgeordnete Hermann drohte Bennecke, er werde ihn aus dem Fenster hinauswerfen. Es würde Bennecke wahrscheinlich schlecht ergangen sein, wenn ihn nicht ein jüdischer Journalist geschützt hätte, den er in der letzten Zeit in Versammlungen in der wüstesten Weise beschimpft hat.

In der neuen Sitzung erklärte der deutschnationale Präsident Dr. Eckardt, die Frage, ob der Journalist Schimpfworte in den Saal gerufen habe, sei noch nicht gekl rt. Er schloss dann aber die kommunistischen Abgeordneten Sindermann und Hermann aus der Sitzung aus. Daraufhin entstand ein derartiger Tumult, dass die Sitzung von neuem unterbrochen werden musste. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte der Präsident Dr. Eckardt mit, es sei inzwischen durchzahlreiche Zeugenaussagen bestätigt worden, dass der in Frage kommende Journalist beleidigende Zurufe gemacht habe. Er werde ihm die Pressekarte entziehen. Dann gab Abg. Edel (Soz) eine Erklärung ab, in der es heisst, dass die stürmischen Vorgänge bei einer besseren Geschäftsführung des Präsidenten hätten vermieden werden können. Als jetzt dem sozialdemokratischen Abg. Müller-Planitz, der durch Zurufe eine scharfe Kritik an dem Verhalten des Präsidenten übte, das Wort entzogen wurde, steigerte sich der Tumult so, dass die Sitzung abermals geschlossen werden musste.

Kurz nach 17 Uhr eröffnete Präsident Dr. Eckardt zum drittenmal die Sitzung. Er wiederholte, dass er dem nationalsozialistischen Pressevertreter die Pressekarte zum Landtagsgebäude entziehen werde, da von verschiedenen Zeugen bestätigt sei, dass er beleidigende Worte in den Sitzungssaal hineingerufen habe. Der kommunistische Abgeordnete Renner polemisierte dann heftig gegen die Landtagsjournalisten. Während dieser Ausführungen entstand im Sitzungssaal wieder grosser Lärm. Der Präsident suchte vergeblich Ruhe zu schaffen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller griff die Geschäftsführung des Präsidenten heftig an. Er wurde deshalb zur Ordnung gerufen. Neue Zurufe des Abg. Müller (Soz) beantwortete der Präsident mit dem Ausschluss. Als schliesslich der kommunistische Abgeordnete Renner an das Rednerpult getreten war, um seine am Vormittag unterbrochene Rede fortzusetzen, schloss der Landtagspräsident die Sitzung, weil der sozialdemokratische Abgeordnete Müller sich weigerte, den Sitzungssaal zu verlassen.

SPD. Der peinliche Eindruck, den die Enthüllungen über die Missbräuche der Osthilfe in allen Bevölkerungsschichten hervorgerufen haben, ist den Deutschnationalen so unangenehm, dass sie ihn durch einen ungewöhnlich plumpen Angriff zu verwischen suchen.

Der "Deutsche Schnelldienst", eine Hugenberg-Korrespondenz, spricht von einem Manöver der "roten Bonzokratie". Demgegenüber braucht nur darauf hingewiesen zu werden, dass die Aufdeckung der Missbräuche der Osthilfe nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch durch das Zentrum erfolgt ist. Weit wichtiger aber ist die Tatsache, dass schon die allererste Aussprache dazu führte, dass aus allen Bevölkerungskreisen weitere Mitteilungen über Missbräuche der Osthilfe eingingen, sodass täglich deutlicher wurde, welche ungeheure Empörung in den betroffenen Gebieten über die begünstigten ostelbischen Grossgrundbesitzer herrscht.

Wenn Hugenbergs "Schnelldienst" weiter davon spricht man wolle nur die Aufdeckung des "Hauszinssteuer-Skandals" verhindern, bei dem es sich nicht um ein paar Millionen, sondern um Summen von 6 bis 7 Milliarden Mark handelt, so ist das nur ein Verlegenheitsgestammel. Die Hauszinssteuer entrichten Mieter und Hausbesitzer an den Fiskus. Wie dabei eine Bereicherung vor sich gegangen sein soll, ist schleierhaft. Vielleicht aber meinen die Deutschnationalen die Vergebung von Hauszinssteuer-Hypotheken. Bisher ist aber auch hier niemals von Unregelmässigkeiten die Rede gewesen. Sollte es aber einen solchen Fall geben, so hat er immer noch nichts mit persönlicher Bereicherung zu tun. Ausserdem wird sich die Sozialdemokratie nicht schützend vor solche Dinge stellen, wie es die Deutschnationalen bei den Osthilfe-Skandalen getan haben, weil sich die korrupten Persönlichkeiten meist in ihrem Lager befinden. Man kann also in voller Ruhe der Verleumdungskampagne der Deutschnationalen entgegensehen. Sie dürfte nicht nur ein neuer Beweis sein, welche schmutzigen Methoden im Kampf für eine schmutzige Sache die Deutschnationalen anwenden, sondern wie gross auch ihr Hass gegen die Mieter in Neubauwohnungen, bei denen die Gewährung von Hauszinssteuer-Hypotheken zu einer wenn auch vollkommen ungenügenden Verbilligung der Baukosten geführt haben, ist.

Es muss schliesslich immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Osthilfe, die im Jahre 1930 durch eine Notverordnung eingeführt wurde, ursprünglich nur den ungeregelten Zusammenbruch von überschuldeten Betrieben verhindern sollte. Man wollte aber keine Besitzerhaltungspolitik um jeden Preis treiben. Wer aus persönlichen oder sachlichen Gründen nicht sanierungsfähig war, sollte sein Land Siedlungszwecken überlassen. Diesen Charakter hat die Osthilfe solange gehabt, als die preussische Regierung bei ihrer Durchführung beteiligt war. Erst als im Herbst 1931 der Einfluss Preussens vollkommen ausgeschaltet und statt dessen die Landwirtschaft eingeschaltet wurde, da sind jene Missstände zum System erhoben worden, die heute die Entrüstung der gesamten Oeffentlichkeit hervorrufen. Der neue Kurs der "autoritären Staatsführung" ist es, den allein die Verantwortung trifft, dass viele Dutzend Millionen Steuergelder vergeudet worden sind.

SPD. Paris, 26. Jan. (Eig.Drahtb.)

In der Kammer begann am Donnerstag nachmittag die Finanzdebatte.

Der Finanzminister verteidigte in fast zweistündiger Rede den Regierungsentwurf. Er beharrte auf seinem Standpunkt, dass das ganze Defizit nur durch Ersparnisse und neue Steuern und nicht durch eine Anleihe gedeckt werden müsse. Immerhin erklärte er sich unter dem Beifall der Linken bereit, sich zunächst mit rund 7 Milliarden Einnahmen zu begnügen. Für den Restbetrag des Defizits solle dann in der nächsten Finanzvorlage Deckung beschafft werden. Eine Anleihe könne erst nach der Ausbalancierung des Budgets aufgelegt werden, um die schwebende Schuld zu konsolidieren.

SPD. Genf, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat am Donnerstag den Konflikt zwischen Peru und Columbien um den Flusshafen Leticia am Amazonenstrom behandelt. Der Rat billigte ein Telegramm aus Peru mit der Aufforderung gemäss dem Völkerbundspakt keinerlei Militäraktionen auf columbischem Gebiet zu unternehmen, und ein Telegramm an Columbien, sich bei der Polizeiaktion in Leticia vor jeder Verletzung peruanischen Gebiets zu hüten.

Am Nachmittag trugen England und Persien ihren Standpunkt im Konflikt um die Kürzung der Konzession an die englisch-persische Petroleum-Gesellschaft vor. Sir John Simon erklärte Englands Bereitschaft zu einer friedlichen Verständigung, bestand aber darauf, dass die durch einseitige Kürzung der Konzession geschaffene ungesetzliche Basis nicht die der künftigen Verhandlungen sein dürfe. Wenn notwendig, werde die englische Regierung verlangen, dass de Rat einen internationalen Rechtsbruch feststelle und damit die Konzession wiederherstellen werde. Der Rat müsse nach Artikel 15 des Paktes die Verständigung herbeiführen oder, wenn das nicht gelinge, einen gerechten Lösungsvorschlag machen, der die guten Beziehungen zwischen England und Persien sichere und der Petroleum-Gesellschaft die Weiterarbeit ermögliche. Persien liess den Hinauszögerungsvorschlag machen, der Haager Gerichtshof müsse erst feststellen, ob ein internationaler Rechtsbruch schon vorliegen könne, wenn ein fremder Staatsbürger noch nicht die Möglichkeiten der Landesgesetzgebung ausgeschöpft habe. Auf Vorschlag des Berichterstatters Benesch wurde die Angelegenheit vertagt.

SPD. Von dem Dresdener "Braunen Haus" ist jetzt der Name "Gregor Strasser" der bisher in grossen Lettern am Giebel prangte, entfernt worden.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Reichstags, die am Donnerstag zur Beratung der politischen Lage zusammengetreten war, hat sich angesichts der Ungewissheit über die künftige Gestaltung der politischen Zukunft auf Freitag vertagt. In der Zwischenzeit dürfte die angekündigte Besprechung zwischen Hugenberg und dem Zentrumsführer Kaas stattfinden.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Bandenbildung.

SPD. Hitlers Kommissar für die SA in Mittelfranken, die vollständig auseinandergefallen ist, hat einen Sonderbefehl gegen den Führer des Freikorps Franken, Stegmann, erlassen, in dem es heisst :

"Wer auf Grund der jetzigen Sachlage mit Stegmann irgendwie weiter in Verbindung bleibt oder gar Weisungen von ihm entgegennimmt, hat in der SA nichts mehr zu tun und steht ausserhalb der Bewegung. Er macht sich übrigens strafbar im Sinne des Gesetzes wegen Bandenbildung."

Diese Berufung auf die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzes aus dem Munde eines SA-Führers Hitlerscher Observanz ist von wunderbarer Schönheit! Der § 127 des Strafgesetzbuches lautet :

"Wer unbefugterweise einen bewaffneten Haufen bildet oder befehligt oder eine Mannschaft, von der er weiss, dass sie ohne gesetzliche Befugnis versammelt ist, mit Waffen oder Kriegsbedürfnissen versieht, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Wer sich einem solchen bewaffneten Haufen anschließt wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft."

Bei diesem Paragraphen ist das Ausschlaggebende die Bewaffnung. Wenn Hitlers Kommissar diesen Paragraphen im Auge haben sollte, so liegt darin zugleich das Eingeständnis, dass die gesamte SA Hitlers ebenfalls nach dem § 127 bestraft werden müsste, denn die Leute Stegmanns waren bis zum Krach die Leute Hitlers!

Weiter aber sagt der § 128 des Strafgesetzes:

"Die Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu 6 Monaten an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu bestrafen. Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden."

Es ist gerichtsnotorisch, dass in Hitlers SA unbedingter Gehorsam gegenüber bekannten Oberen, vor allem gegenüber Hitler gefordert und versprochen wird. Die Existenz von Hitlers SA verstösst ganz eindeutig gegen den § 128 des Strafgesetzbuches. Dass Hitlers Kommissar den abtrünnigen SA-Leuten mit Anzeige bei der Staatsanwaltschaft auf Grund dieses Paragraphen droht, ist eine ganz besondere Frechheit. Wir würden nur wünschen, dass er eine solche Anzeige erstattete. Denn dann würden die Staatsanwaltschaften gezwungen sein, ihre so lange verschlossenen Augen zu öffnen, und zu sehen, was ist - auf der einen Seite Hitlers SA, auf der anderen Seite die §§ 127 und 128 des Strafgesetzes!

Harzburger Gespräche.

Als seinerzeit der Harzburger Käse auseinanderzulaufen begann, nahm der Kampf um die Führung und um die Macht zwischen Hugenberg und Hitler zunächst absonderliche Formen an. Die Bundesleitung des Stahlhelm geriet mit Hitler in einen wilden Krakeel über die Grussform. Düsterberg bezeichnete den Hitlergruss als nachgeäfften undeutschen, römischen Gruss, Hitler seinerseits bezeichnete die beim Stahlhelm übliche Art des Salutierens durch Anlegung der rechten Hand an den Mützenschirm als eine französische Sitte.

Der Harzburger Käse soll jetzt wieder zusammengepappt werden. Man verhandelt miteinander, obwohl fast täglich der Stahlhelm den Nationalsozialisten Bluttribute bringen muss. Aber das ist für die Führer auf beiden Seiten nicht so wichtig, wie die Ausräumung des Streites über die Grussform! Der Stahlhelm hat deshalb einen Sachverständigen, den Major a.D. von Zglinitzki, der als einer auf dem Gebiet der militärhistorischen Forschung anerkannten Autorität vorgestellt wird, beauftragt, eine wissenschaftliche Untersuchung über die militärische Grussform zu liefern. Dieser Herr ist tief bis ins 17.Jahrhundert hineingestiegen und hat die ernste Frage ergründet, wie der Soldat in der Vergangenheit gegrüsst hat. Seine lange und tiefgründige Untersuchung endet mit der Feststellung, dass die jetzige militärische Form des Salutierens durch Anlegen der rechten Hand an den Mützenschirm sich aus der praktischen Notwendigkeit entwickelt habe und dass sie im deutschen Heere entstanden sei. Die im Stahlhelm übliche Grussart sei also nicht eine fremde übernommene Sitte, sondern ein alter deutscher Soldatenbrauch.

Da hat nun der Stahlhelm ein wissenschaftliches Gutachten, mit dem er bei den Verhandlungen über die Wiederzusammenleimung der Harzburger Front operieren kann. Was sollte sonst aus den Geschicken Deutschlands werden, wenn sich Nationalsozialisten und Stahlhelmer, und wenn sich Hitler und Hugenberg nicht darüber einigen könnten, wie gegrüsst werden soll!

Die feinen Leute.

An der Universität in Innsbruck studiert ein beträchtlicher Teil von deutschen Nationalsozialisten, die schon wiederholt übel von sich reden gemacht haben. Diese Anhänger der sogenannten Arbeiterpartei Hitlers fühlen sich als feine Leute, die nichts mit dem Volke, vor allem aber nichts mit der Arbeiterschaft zu tun haben wollen. Sie haben kürzlich ein ausgezeichnetes Beispiel des Hochmuts der feinen Leute geliefert.

Die Vortragsgesellschaft Urania in Innsbruck gewährte bisher Studenten eine bedeutende Preisermässigung. Auf ihren Plakaten kündigte sie an: "Studenten und Arbeitslose erhalten Ermässigung." Es passte den feinen Leuten nicht, mit ganz gewöhnlichen Erwerbslosen zusammen genannt zu werden und sie beschwerten sich deshalb bei der Vortragsgesellschaft. Die Gesellschaft liess nun die Ermässigung für die Studierenden wegfallen und gewährte sie nur noch den Erwerbslosen.

Die feinen Leute aus Hitlers Arbeiterpartei haben nun wenigstens die Genugtuung, dass sie nicht mit Arbeitern im gleichen Atemzuge genannt werden!

Es stand in den Sternen geschrieben.

Eine astrologische Zeitschrift in Dresden, die in enger Verbindung mit den Nationalsozialisten steht, hat das Horoskop des ermordeten SA-Mannes Hentzsch gestellt. Sie will aus den Sternen gelesen haben, dass Hentzsch an seinem Tode selbst schuld gewesen sei. Bemerkenswert sei es, so heisst es in diesem astrologischen Unsinn, dass der Schicksalsplanet Saturn als Geburtsherrscher in bösem Aspekt mit dem Jupiter stehe. Saturn befinde sich im ersten Feld der Persönlichkeit, so dass eigenes Verschulden am Lebensende mit [illegible]

Mit diesem Unsinn sollen der Ermordete beschimpft und die Mörder entschuldigt werden: es stand in den Sternen geschrieben, dass Hentzsch sterben musste! Solchen Unsinn gibt es, er wird bei den Nationalsozialisten geglaubt. Wir fragen uns: Wie schön wird es erst in Deutschland werden, wenn auch noch die Gerichte daran glauben werden!

Auf der Wacht

Die grösste Wärmehalle!

Berlin Ackerstrasse: Abstellraum für anderthalbtausend Menschen.....

SPD. Die Kältewelle, die unbarmherzig durch die Strassen Berlins klirrt, hat die Hunderttausende der Arbeitslosen von ihren gewohnten Plätzen vertrieben. Mit dem sinkenden Thermometer werden die Strassen leer, die diskutierenden Gruppen vor den Arbeitsämtern verschwinden; desgleichen die wilden Strassenhändler, die Armeen der Bettler und Hausierer, die Hofsänger und die vielen umherwandernden Kapellen, die seit einem Jahr das Strassenbild der Grosstadt in eindeutiger und aufschlussreicher Weise beherrschen. Eine nach Zehntausenden zählende, von Hunger und letzten Entbehrungen geplagte Menschenmasse, befindet sich auf der Flucht vor der Kälte.

Die öffentlichen Wärmehallen reichen bei weitem nicht aus, viele von ihnen mussten wegen Ueberfüllung geschlossen werden, und die Tausende, die sie nicht aufnehmen konnten, retten sich in die Museen, Bibliotheken, in die Wartesäle der Bahnhöfe und Postämter, in die Zuschauerräume der Gerichte; überall dorthin, wo ein geheizter Ofen ihnen den Anteil an der Wärme zumisst, ohne die der Mensch in den nördlichen Breitengraden den Winter nicht überstehen kann. Zu denen, die in geheizten Räumen Zuflucht suchen, gehören auch die vielen Laubenkolonisten, die den Winter in der unzulänglichen Wohnlaube verbringen müssen, weil ihnen die geringe Unterstützung auch den Aufenthalt in der bescheidensten Mietkasernenwohnung verbietet. Viele von ihnen sind unmittelbar vom Kältetod bedroht, und gezwungen, ihre Wohnstätten tagsüber zu verlassen, um sich wenigstens für Stunden zu erwärmen.

Eine der Sammelstätten für Frierende ist die grosse Wärmehalle in der Ackerstrasse, hoch oben im Berliner Norden. Ein ehemaliges Strassenbahndepot, das durch mehrere grosse Oefen zur Aufnahme von etwa anderthalb tausend Menschen hergerichtet wurde. Der Besuch dieser Halle, die schon um vier Uhr nachmittags ihre Tore schliesst, und es ihren Insassen überlässt, auf gut Glück eine neue Unterkunft für die Nacht zu finden, gehört zu den deprimierenden Erlebnissen, die eine Grosstadt vom Range Berlins im Notwinter 1933 zu bieten hat. Der Anblick dieser riesigen Menschenmasse, die sich zusammengedrängt, Kopf neben Kopf, Rücken an Rücken, um den wärmenden Ofen schart, erinnert an die Bilder von dem Flüchtlingselend in den Konzentrationslägern des Weltkrieges. Es ist der Anblick des nackten Elends, in allen seinen Formen und Abarten, und nur der Umstand, dass dieser Raum eine überaus schwache Beleuchtung aufweist, und mit seinem Halbdunkel die einzelnen Züge dieser Massennot etwas verbirgt, kann diese Elendsschau mildern. Hier an diesem Ort erfährt man, mit welch furchtbaren Schlägen die Krise die Schichten des Proletariates getroffen hat. Nur einige Feststellungen: Etwa 90 v.Hd. dieser Menschen, deren einzige Mahlzeit oft aus dem Topf Kaffee und den beiden Schrippen besteht, die sie hier für 10 Pfennige erhalten, sind unterernährt. Nur die wenigsten tragen Kleider, die sie einigermassen vor strenger Kälte schützen können. Viele der jungen Leute, die dem Augenschein nach, den Hauptanteil der Besucher stellen, haben meist nur dünne Sommermäntel, billige Konfektionsware, Joppen und Sportanzüge an, die ihr einziges Besitztum darstellen. Einige der Männer tragen unter ihren fadenscheinigen Wintermänteln, ihre Arbeitskleider, graue oder blaue Leinenhosen. Die Verelendung, die die Krise über Millionen gebracht hat,

wird hier ohne Abschwächung sichtbar. Es ist eine schonungslose Illustration der Zahlenreihen der Statistiken.

Die Räume sind überheizt. Trotzdem stehen Dutzende von Menschen um die grossen Öfen und halten ihre Hände an die schwarzen Eisenplatten. Andere schlafen, zwischen den Schultern ihrer Nebenmänner zusammengesunken, ohne sich um die lauten Unterhaltungen zu kümmern, die neben ihnen geführt werden. Manche lesen zerfledderte Bücher, die schon durch Generationen von Lesern gegangen sein müssen. Andere wieder vertreiben sich die Zeit im Kartenspiel.

Eine graue Wolke von Dunst und Tabakqualm hängt dazu über den Köpfen, eine schrecklich verbrauchte Luft, die einem beim Eintritt entgegenschlägt, warm und verdorben. Eingekeilt in die Menschenmasse bewegt sich eine Zunft von Händlern, die Bücher, Zigaretten, Butterbrote und die zerlesenen Hefte der Groschenromane und Magazine an den Mann zu bringen versucht. Obgleich weithin sichtbare Inschriften an den Wänden das Handeln kategorisch verbieten, hat sich hier eine schwarze Börse aufgetan, deren Handelsobjekte die letzten Habseligkeiten der Besucher, wie Schuhe, Kleidungs- und Wäschestücke und gelegentlich auch Wertstücke sind. So beobachtet man zufälligerweise den Verkauf einer Lorgnette, die von einem jungen Burschen kritisch untersucht wird, und deren Herkunft immerhin zweifelhaft erscheint.

Eine Atmosphäre von Gleichgültigkeit und Stumpfsinn, eine dumpfe, stumme Verzweiflung erfüllt den Raum. Er wirkt wie ein Abstellschuppen. Nur dass es Menschen sind, die hier, ungebraucht und unverwendbar, aufbewahrt werden..... eine Anklage, eine Schuld!

P.

\+ + +

Doppelfreitod. In einem Hotel in Braunschweig hat sich ein Liebespaar - eine 30jährige Frau und ein 50jähriger Mann - mit Strychnin vergiftet. Beide starben während der Ueberführung ins Krankenhaus.

\+ + +

Flugplan-Konferenz. Am Donnerstag begann in Berlin die sechste internationale Flugplan=Konferenz. Vertreter von 29 Luftverkehrsgesellschaften aus 19 europäischen Staaten nehmen an dem Kongress teil. Ausser Beratungen über die internationale Flugplangestaltung stehen Debatten über Flug= und Uebergepäckpreise, sowie Frachtkosten und Abrechnungsfragen auf der Tagesordnung

\+ + +

Verhaftung im Gericht. Der Berliner Rechtsanwalt Dr.G.Meyer, gegen den im Zusammenhang mit der Autoschieberaffäre Erban und Genossen vor der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist, wurde am Donnerstag während einer Gerichtsverhandlung im Gebäude des Landgerichts III Charlottenburg verhaftet. Der bei Dr.Meyer tätige Bürovorsteher Rechtskonsulent Scheer, sowie die beiden bei Meyer angestellten Assessoren und Referendare Dr.Kiwitt und Dr.Noa haben innerhalb des grossen Autoschieberkonzerns des Berliner Caféhausbesitzers Erban eine Hauptrolle gespielt, während Dr.Meyer selbst bisher nichts Belastendes nachzuweisen war.

\+ + +

Ostsee=Eis. In der Ostsee hat sich auf der Höhe von Kolberg in einem Raum von vier Meilen eine feste drei bis vier Zoll starke Eisdecke gebildet. Der finnische Dampfer "Vistur" ist stecken geblieben. Die Eisbrecher der Ostseehäfen sind in voller Tätigkeit.

Auf dem Rhein ist durch die Festsetzung des Treibeises die gesamte Schiffahrt eingestellt. Ebenso liegt die Schiffahrt auf den Rhein=Nebenflüssen still. Der Verkehr auf den westdeutschen Kanälen ist eingeschränkt.

In Frankreich forderte die Kältekatastrophe mehrere Todesopfer. In der Nähe von Marseille fand man einen Tagelöhner, in St. Germain eine 81jährige Frau und in Vitry le François bei Paris zwei Fabrikarbeiter erfroren auf.

\+ + +

Die Rotter=Kaution. Der Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Berlin=Mitte hat den flüchtigen Theaterdirektoren Alfred und Fritz Rotter auf Antrag ihres Verteidigers gegen Zahlung von einer Kaution von 15 ooo Mark freies Geleit gewährt. Der Vernehmungsrichter verlangt,dass beide Beschuldigte beim Betreten des deutschen Reichsgebiets ihre Pässe abgeben. Ausserdem sollen sie nach ihrer Rückkehr auf das Berliner Lessing=Theater eine Grundschuld von 35 ooo Mark als Sicherheit eintragen lassen.

\+ + +

Zwischen 18 und 23... Die 18 - 23 Jahre alten Mitglieder einer in Berlin verhafteten fünfköpfigen Verbrecherbande gestanden, über 100 Fernsprechautomaten aufgebrochen und beraubt, ausserdem fünf Schaufenstereinbrüche begangen zu haben. Der Führer der jugendlichen Bande, die sich jeden Abend in der Nähe des Berliner Nollendorfplatzes traf, war ein Neunzehnjähriger! Die jungen Burschen waren während ihrer Raubzüge schwer bewaffnet. Passar die sie während der Tat überraschten, hielten sie mit Revolverdrohungen in Schach.

\+ + +

Kleinluftschiff=Rekord. Das deutsche Kleinluftschiff "DPN 30" legte die Strecke Berlin=Friedrichshafen ohne Zwischenlandung in einer Flugzeit von 10 Stunden und 45 Minuten zurück.

\+ +

Die Grippenot. In Wilhelmshaven mussten wegen Grippe sämtliche Volksschulen geschlossen werden. Von der etwa 6 ooo Mann starken Marinewerft in Wilhelmshaven sind zurzeit 800 Mann an Grippe erkrankt.

\+ + +

Knöpfke - Preuss. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen in der Affäre Knöpfke nunmehr auch auf die Inhaber der Druckereifirma I.S. Preuss ausgedehnt. Die Staatsanwaltschaft ist nach wie vor der Meinung,dass Knöpfke von der Druckereifirma Preuss Schmiergelder erhalten hat. Die Preuss=Direktoren bestreiten jede Schuld.

\+ + +

Drama der Untreue. In Gross=Soltikow bei Schlawe (Pommern) hat ein 44 Jahre alter Kassenrendant der dortigen Darlehenskasse seine Frau,seine drei Kinder und sich selbst erschossen. Der Rendant bekennt in einem hinterlassenen Schreiben,dass er sich Veruntreuungen zuschulden kommen liess.

\+ + +

Waffenlager. In einer Scheune in Darscheid (Krs.Dann) wurden bei einer Haussuchung vier Karabiner, ein Militärgewehr, drei Pistolen, 3 ooo Schuss Munition, zahlreiche Seitengewehre und Gasmasken sowie grössere Mengen Schwarzpulver gefunden. Der Besitzer ist festgenommen worden.

\+ + +

Kälte gegen Gas. Die vom Ruhrgebiet ins Rheinland führende Ferngasleitung ist infolge der starken Kälte bei Köln gerissen. Während der Dauer der Unterbrechung muss das Gas durch die zweite Gasfernleitung von Alsdorf bei Aachen bezogen werden.

\+ + +

8 Jahre Zuchthaus! Das Kölner Schwurgericht verurteilte den Räuberhauptmann Karcznia zu 8 Jahren Zuchthaus, den früheren Postinspektor Winter zu 4 Jahren Zuchthaus und zwei mitangeklagte Arbeiter zu kleineren Gefängnisstrafen. Karcznia hat vor etwa Jahresfrist aus einem grossen Kölner Postamt 13 ooo Mark geraubt, während Winter bei der Ausführung des Verbrechens tatkräftig Beihilfe leistete.

Gewerkschaftliche Rundschau

Internationale Arbeitslosenversicherung.

SPD. Die Reichsregierung hat noch immer keine Entscheidung über die Neugestaltung der Arbeitslosenbetreuung getroffen. Ihr Zögern ist nicht recht verständlich und noch weniger die Zurückhaltung des Reichsarbeitsministeriums; denn die grosse Linie der Reform ist doch bereits klar genug vorgezeichnet. Im Sozialen Ausschuss des Reichstages hat man sich für Aufrechterhaltung des Charakters einer selbständigen Arbeitslosenversicherung und einer organischen Verbindung der Arbeitslosenhilfe mit der Reichsanstalt und ihren Organen ausgesprochen. Damit müssten doch eigentlich die Pläne, die auf eine Beseitigung der Versicherung und auf die Schaffung einer reinen Fürsorge unter kommunaler Obhut hinauslaufen, erledigt sein.

Eine vernünftige Reform kann sich nur in der von den Gewerkschaften gewiesenen Richtung bewegen; denn nicht nur in Deutschland, sondern auch sonst in der Welt ist man allmählich zu der Auffassung gekommen, dass nur die gesetzliche Zwangsversicherung ein solides Fundament für die Arbeitslosenversorgung abgibt. Wir befinden uns bereits auf dem Weg zu einer internationalen Arbeitslosenversicherung.

Die Ende Mai in Genf zusammentretende 17. Internationale Arbeitskonferenz wird neben der ordentlichen Beratung der Vierzigstundenwoche auch die Frage der Arbeitslosenversicherung und der verschiedenen Formen der Arbeitslosenunterstützung zum Zweck des Abschlusses eines internationalen Uebereinkommens beraten. Die ungeheure Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit, den Opfern der privatkapitalistischen Wirtschaft zu Hilfe zu kommen, drängt immer schärfer zu einer generellen internationalen Regelung der Arbeitslosenversicherung.

Der Konferenz wird ein sogenannter Graubericht des Internationalen Arbeitsamtes unterbreitet werden, der die Gesetzgebung und die Praxis der verschiedenen Länder auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung und der Unterstützung der Arbeitslosen beleuchtet. Der Bericht enthält genaue Unterlagen über die in den verschiedenen Ländern bestehenden Unterstützungssysteme. Im wesentlichen können drei Systeme festgestellt werden: 1. die staatliche Versicherung, die in der Regel noch ergänzt wird durch eine Unterstützung der Arbeitslosen, die ihren Unterstützungsanspruch erschöpft haben und keine Arbeit finden können. 2. die freiwillige, von den Gewerkschaften eingeführte, Versicherung, die staatliche Unterstützung geniesst und an die sich ebenfalls häufig bestimmte Arten einer Unterstützung anschliessen, wenn der versicherungsmässige Anspruch erschöpft ist. 3. die von den Gemeinden mit staatlicher Hilfe organisierte Arbeitslosenunterstützung, mit der zuweilen die Inanspruchnahme der Arbeitslosen für bestimmte Arbeiten verbunden ist.

Aus den Unterlagen geht mit aller Klarheit hervor, dass dem System der staatlichen Zwangsversicherung zweifellos der Vorzug zu geben ist. Die Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit hat sich seit dem Krieg ganz beträchtlich entwickelt. Im Jahre 1919 waren insgesamt in der Welt etwa 4 1/2 bis 5 Millionen Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit zwangsversichert. Davon entfielen allein 3 3/4 Millionen auf Grossbritannien. Gegenwärtig besteht eine Gesetzgebung über Arbeitslosenzwangsversicherung in neun Ländern (Deutschland,

Australien, Oesterreich, Bulgarien, Grossbritannien, Irland, Italien, Polen und zwölf Kantone der Schweiz). In diesen neun Ländern sind auf Grund der letzten statistischen Ergebnisse nahezu 39 Millionen Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit versichert, während in acht Ländern eine freiwillige Versicherung besteht (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Norwegen, Niederlande elf Kantone der Schweiz und Tschechoslowakei). In diesen Ländern werden jedoch nur rund 3,5 Millionen Arbeitnehmer von der Versicherung erfasst. Schon diese Gegenüberstellung zeigt, dass nur eine gesetzliche Zwangsversicherung geeignet ist, das Ziel zu erreichen: d.h. den ohne seine Schuld arbeitslos gewordenen Menschen gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit, das ihm durch die kapitalistische Gesellschaft auferlegt wird, wirksam zu versichern.

Den Ländern mit einer Zwangsversicherung wäre noch der nordamerikanische Staat Wisconsin hinzuzufügen, wo zum ersten Mal in den Vereinigten Staaten eine gesetzliche Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt wurde. Das Gesetz ist jedoch noch nicht in Kraft getreten. Auch in Sowjetrussland besteht dem Namen nach eine Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit; die Zahlung der Unterstützung ist jedoch durch Erlass vom 9.Oktober 1930 eingestellt worden.

Obgleich das Internationale Arbeitsamt in seinem Bericht zunächst keine Stellung zugunsten einer bestimmten Versicherungsform nimmt, zeigt doch das ganze Ergebnis seiner Darstellung, dass allein eine internationale Vereinbarung über die gesetzliche Zwangsversicherung wirksam sein kann. Das Amt wird auf Grund der Ergebnisse der ersten Beratung der nächsten Arbeitskonferenz und der einlaufenden Antworten der Regierungen auf die von der Mai-Juni-Tagung noch näher zu bestimmenden Fragen der nächstjährigen Internationalen Arbeitskonferenz einen Bericht vorlegen, der neben den Regierungsantworten Vorentwürfe für ein internationales Uebereinkommen enthalten wird. Das Mass des sozialen Fortschrittes, den das Uebereinkommen bringen kann, hängt natürlich von dem Willen und der Macht der organisierten Arbeiterschaft ab.

SPD.Mitte Februar findet in Berlin eine Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Fortsetzung des Kampfes um die Vierzigstundenwoche, der jetzt nach der Genfer Vorkonferenz nun erst recht in Gang kommen wird.

Ende Januar tritt in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zusammen. Ihm wird der Bericht der soeben abgeschlossenen Technischen Vorkonferenz zur Verkürzung der Arbeitszeit zur weiteren Behandlung vorgelegt. Ob die Beratungen der Vorkonferenz bereits als erste Lesung gelten sollen, darüber wird die Internationale Arbeitskonferenz, die Ende Mai zusammentritt, zu entscheiden haben.

Die Frist zwischen der Verwaltungsratstagung und der Arbeitskonferenz muss von der Arbeiterschaft in allen, der Internationalen Arbeitsorganisation angeschlossenen Ländern genutzt werden; denn in der Frage der Arbeitszeitverkürzung darf es keinen Stillstand mehr geben. Die Vierzigstundenwoche muss kommen und wird kommen.

+

Dem amerikanischen Senat liegt ein Antrag vor auf gesetzliche Einführung der 30-Stundenwoche in jenen Industrien, deren Erzeugnisse über die Grenzen eines einzelnen Bundesstaates hinaus zum Verkauf gelangen.

Der Vorsitzende des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes W.Green erklärte auf eine Rundfrage des Senats, die organisierten Arbeiter Amerikas würden, wenn nötig, die Durchführung der 30-Stundenwoche mit Streik erzwingen.

SPD.In den Niederlanden ist die Arbeitslosenunterstützung ernstlich gefährdet. Die Regierung hat die Absicht, die Zuschüsse des Reichs zu den Arbeitslosenversicherungskassen der Gewerkschaften, die in Holland der Träger der Versicherung sind, von 300% der von den Versicherten aufgebrachten Leistungen auf 200% herabzusetzen. Eine solche Kürzung würde vielen Kassen, deren Reserven bereits aufgezehrt sind, eine ausreichende Unterstützung unmöglich machen. Es sind daher nochmals Verhandlungen mit der Regierung angebahnt worden, um wenigstens in einigen Fällen einen Zuschuss von 250% durchzusetzen.

SPD.Die englische Arbeiterschaft macht mobil. Den Auftakt dazu wird eine Demonstration bilden, die am 5.Februar, am Sonntag vor dem Zusammentritt des Parlaments, in London stattfinden wird. Die Demonstranten werden von Viktoria Embankment nach dem Hyde Park marschieren. Die Demonstration wird gemeinsam von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften veranstaltet. Sie richtet sich gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und gegen die Saumseligkeit der Regierung auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung. In der Entschliessung, die im Hyde Park zur Annahme gebracht werden soll, wird das gegenwärtige System der Arbeitslosenunterstützung verurteilt, ferner wird die Beendigung der jetzigen Sparpolitik, der Abschluss eines gerechten Handelsvertrages mit Russland und nationale Arbeitsbeschaffung gefordert.

SPD.Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften nahm in Duisburg zur Lage Stellung. Die Führer der Christen wandten sich scharf gegen jede Diktatur. Die sehr durchsichtigen Pläne vom "Staatsnotstand" wurden von ihnen abgelehnt. Sie betonten, die Not des Staates könne viel wirksamer behoben werden, wenn sich die diktaturlüsternen Kreise endlich damit abfinden würden, dass sowohl der Staat als auch seine Regierung nicht dafür da seien, gegen das Volk zu wirken. Die christlichen Gewerkschaften hätten seit ihrer Gründung mit allen verfügbaren Kräften gegen alle von unten kommenden Umsturzversuche gekämpft. Mit derselben Leidenschaft und Energie werde von ihnen jedoch auch der Kampf gegen Staatsstreichpläne von oben aufgenommen werden. Gutes habe das deutsche Volk, so wie die Verhältnisse gegenwärtig gestaltet seien, von allen Experimenten nicht zu erwarten.

SPD.Im Lohnstreit der bayerischen Land- und Forstwirtschaft brachten die Parteiverhandlungen kein Resultat zutage. Die Arbeitgeber verlangen einen Lohnabbau um 10 Prozent. Die Entscheidung des Landesschlichters soll Ende Januar fallen.

SPD .Für das Hamburger Gastwirtsgewerbe wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen generellen Lohnabbau von 6 1/2% vorsieht. Die Parteien sollen sich bis Sonnabend erklären. Die bisher noch strittigen Punkte des Rahmentarifs blieben vorläufig unverändert.

Wirtschaft Technik Handel

Erster Grossbankabschluss.

Bei halbiertem Umsatz Dividendensteigerung.

SPD. Die Berliner Handelsgesellschaft, die mit Recht auf die Bezeichnung, grösste Privatbank in Deutschland zu sein, Anspruch erhebt, kann bei halbiertem Umsatz und bei einer erheblich verringerten Bilanzsumme ihre Dividende von 4 auf 5 % steigern. Im Reigen der Grossbankabschlüsse, den die Berliner Handelsgesellschaft eröffnet, werden wir von einer Dividendensteigerung demnächst wohl nur noch bei der Reichskreditgesellschaft hören; die anderen Grossbanken, die Deutsche Bank, die Dresdner, Commerz- und Privatbank usw., haben sich zunächst mit der zur Verwertung der faulen Bankforderungen (Kadaververwertung) gegründeten Tilgungskasse und mit dem Deutschen Finanzierungsinstitut auseinander zu setzen - und dann werden wir sehen, dass das Bankjahr 1932 nicht besser, vielleicht noch schlechter war als das Katastrophenjahr 1931.

Von einem normalen Zustand, auf den der Abschluss der Berliner Handelsgesellschafttippen lassen könnte, sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Wenn das bei der Handelsgesellschaft nicht so stark zum Ausdruck kommt, so mag das in erster Linie daran liegen, dass sie als Privatbank nur mit grossen Kunden (Provinzbankiers, grosse Aktiengesellschaften usw.) Geschäfte betreibt und das Geschäft mit Grosskunden gegenüber einem Bankrun und dem Niederschlag politischer Unruhen auf das Bankgeschäft weit widerstandsfähiger ist als das Geschäft mit kleinen Einlegern und kleinen Sparern. Der Gewinn bei der Handelsgesellschaft wird einschliesslich eines Vortrags von 425 ooo Mark mit 2,092 Millionen Mark ausgewiesen gegenüber 1,545 Millionen Mark im Vorjahr. Allerdings sind diesmal 1 Million Mark (1,5 Millionen gegenüber 2,5 Millionen) weniger abgeschrieben worden als im vorigen Jahr, wobei die Abschreibungen vorher, die sicherlich in immerhin nennenswertem Umfange gemacht worden sind, unberücksichtigt bleiben. Andererseits hat man in der Bilanz für 1932 von den Effekten- und Konsortialgewinnen, in denen auch in diesem Jahr stärkere innere Reserven verbleiben, 1 Million Mark für den Gesamtgewinn abgezweigt, was die Berliner Handelsgesellschaft seit der Inflation nicht nötig hatte. Die Gewinne aus Zinsen, Wechseln und Devisen sind von 6,7 auf 5,7 Millionen zurückgegangen, die Gewinne aus Provisionen von 3,14 auf 2,74 Millionen. Die Verwaltungskosten einschliesslich Tantiemen erfordern 4,52 Millionen, also fast so viel wie im Vorjahre. Die Zahlung der 5%igen Dividende macht 1,4 Millionen Mark aus, sodass 692 ooo gegenüber 425 ooo Mark im Vorjahr vorgetragen werden können.

Der Umsatz, der im Bankgewerbe an sich kein Gewinnmesser bedeutet, hat sich von 20,4 Milliarden auf 9,5 Milliarden ermässigt. Die Bilanzsumme ging von 368 Millionen auf 325 Millionen zurück. Dieser Rückgang beruht auf der Lahmlegung des Wirtschaftsapparates, auf den Krisenschrumpfungen, dann aber auch auf der völligen Unterbindung des Devisengeschäftes und der Abbröckelung des Börsengeschäftes. Die Bank hat in ihren Ausleihungen diesen Schrumpfungen stark Rechnung getragen und auf diese Art natürlich eine gegenüber dem Vorjahr gebesserte Liquidität erzielt. Die Warenvorschüsse verringerten sich von 90,35 auf 67,17 Millionen, der Wechselbestand von 65,38 auf 76,70 Millionen. Gesteigert hat sich der Bestand an Reichsschatzanweisungen usw. und zwar von 14,3 auf 30,59 Millionen. In diesen Beständen befinden sich auch Papensche

Steuergutscheine,die von den Banken als gute Anlage betrachtet werden. Bei den Schuldnern liegt eine Verringerung von 123,7 auf 110,5 Millionen vor.Dagegen haben sich die Kreditoren von 292,8 auf 253,3 Millionen verringert.Unter den Kreditoren dürften sich gegenüber dem Vorjahr die Markgläubiger gegenüber den Valutagläubigern gesteigert haben; jedoch wird von der Handelsgesellschaft betont, dass man alles tut, um das Auslandsgeschäft zu pflegen,da Deutschland immer Auslandsgeld gebrauchen wird. Ueber die Wirkungen des Pfundsturzes wird mitgeteilt, dass die Pfundentwertung an der Schrumpfung der ganzen Bilanz beteiligt ist,dass aber Gewinne und Verluste sich ausgleichen.

Der Belegschaftsbestand wird mit 525 angegeben. Er hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Mit dem Abbau hat die Handelsgesellschaft,worauf besonders verwiesen wird, Schluss gemacht.

SPD. Seit die Bausparkassen unter strengste staatliche Kontrolle gestellt wurden, schiesst eine neue Art von Sparunternehmungen,die sogenannten Zwecksparkassen, ins Kraut. Innerhalb von zwei Jahren sind Hunderte solcher Unternehmungen entstanden. Obwohl bis jetzt keine Kasse nennenswerte Spareinlagen an sich zu ziehen vermochte und alle zusammen nur über einige Millionen Mark Einlagen verfügen, können sie sich doch zu einer schweren Gefahrenquelle auswachsen. Denn sie arbeiten mit einem Heer von Agenten,die gerade kleine, unerfahrene Sparer zu beschwatzen versuchen.

Die Sparmethoden der Zwecksparkassen sind denen der Bausparkassen nachgebildet. Die Kassen suchen Sparer zu gewinnen, die für einen gewissen Zweck, beispielsweise für die Anschaffung eines Motorrades oder für eine Aussteuer, zu sparen wünschen. Die Sparer müssen sich verpflichten,jeden Monat einen bestimmten Betrag einzulegen. Unter den Sparern wird regelmässig nach bestimmtem Schlüssel ausgelost; wer gewinnt, erhält ein Darlehen, mit dem er sein Sparziel, also die Beschaffung des Motorrades oder der Aussteuer,schneller erreichen kann. Die andern aber müssen weiter sparen,warten und - ihr Geld riskieren. Denn das Ganze ist eine überaus riskante Sache, noch viel riskanter als das Bausparen. Das Risiko liegt, abgesehen von der Gefahr des unlauteren Geschäftsgebarens der bis jetzt völlig unkontrollierten Unternehmungen selbst, in der mangelhaften Sicherung der Darlehen, die bei Zwecksparkassen ganz unvermeidlich ist. Dazu kommen noch die zweifelhaften Geschäftsmethoden vieler Zwecksparkassen,die anreisserische Propaganda und die zweifelhafte Vergangenheit vieler Sparkassengründer. Kurz, es droht sich hier jener typisch kapitalistische Sumpf zu entwickeln, der immer wieder in "Gründerperioden" entsteht. Deshalb ist für alle Sparer, die von Agenten für Zwecksparkassen bearbeitet werden, äusserste Vorsicht am Platze.

Von der Reichsregierung aber muss verlangt werden,dass sie schleunigst eingreift,ehe noch wie bei den Bausparkassen viel Unglück passiert. Grösseres Unheil kann nur dann vermieden werden,wenn die Zwecksparkassen sofort unter die gleiche strenge Kontrolle gestellt werden wie die Bausparkassen. Lässt sich dieses Ziel aber wegen der hohen Kosten einer solchen Kontrolle nicht erreichen, dann muss ein radikales Verbot dieser problematischen Spareinrichtungen verlangt werden.

SPD. Auf dem Berliner Buttermarkt sind am Donnerstag die Butterpreise um rund 2 Mark heraufgesetzt worden und zwar ohne jeglichen Butterbeimischungszwang. Angesichts der gegenwärtigen Kälteperiode ist der Anfall von Milch gering. Damit haben sich die Anlieferungen von Butter vermindert. Die Preissteigerung auf dem Buttermarkt sollte das Reichslandwirtschaftsministe=

rium, in dem man sich über die Grundgesetze der Wirtschaft sehr leichtfertig hinwegzusetzen beliebt, über die Natur des Butterpreises belehren. Der Butterpreis fällt, trotz aller Beimischungsprojekte, wenn der Markt mit Ware überfüllt ist und die Käufer nicht kaufen können. Liegen die Verhältnisse umgekehrt, dann steigt auch der Butterpreis, obwohl man selbst im Reichslandwirtschaftsministerium einsehen musste, dass in der von ihm projektierten Beimischungsbutter sich manches Haar befindet.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut beschäftigt sich in seinem letzten Wochenbericht mit der gegenwärtigen Getreidepreisstützung und kommt im grossen und ganzen, aus recht wohl überlegten Gründen, zu einer Absage an die Aktion. Im Reichslandwirtschaftsministerium täte man klug, in Zukunft für die Getreidepreisstützungsaktionen auch auf die Wissenschaft und nicht nur auf die Interessenten zu hören.

Nach dem Konjunkturforschungsinstitut sind die Verkaufserlöse der Landwirtschaft seit dem Jahre 1928/29 von 10 Milliarden Mark auf 7 Milliarden Mar also um 30 % abgesunken. Wenn man den Stand der Getreidepreise mit dem Stand der Preise für andere landwirtschaftliche Artikel vergleicht, dann ergibt sich, dass allein die Getreidepreise - relativ - gestiegen sind. Das Konjunkturforschungsinstitut zeigt die Folgen dieser Politik. Seit den Siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist Deutschland durch diese Politik zum ersten Mal in die Lage gekommen, sich selbst mit Getreide zu versorgen. Aber die unzweifelhafte Preisüberhöhung hat zu einer nicht zu rechtfertigenden Ausweitung der Getreideproduktion geführt. Dem anschwellenden Getreidegebot gegenüber stützt die Regierung die Getreidepreise und will grössere Mengen von Getreide vom Markt absperren, magazinieren. Das Konjunkturforschungsinstitut verweist darauf, dass eine solche Magazinierung noch immer mit einem Fehlschlag geendet hat. In Deutschland gehen wir denselben Weg. Gegenwärtig wird schon mehr an Getreide erzeugt als das Land verbrauchen kann. Eine Magazinierung ist deshalb nach Ansicht des Konjunkturforschungsinstitut nur zu rechtfertigen, wenn es im nächsten Jahr eine schlechte Ernte gibt - Hoffnung auf den lieben Gott! - oder wenn man die Inlandspreise für einige Jahre zur Ueberbrückung der Weltmarktbaisse hochzuhalten gedenkt. Nach Ansicht des Konjunkturforschungsinstituts werden aber die Getreidepreise auf dem Weltmarkt in Zukunft auch nicht annähernd den alten Stand erreichen. Für den deutschen Getreidebau entstehe deshalb das Problem, jetzt, nachdem er sich infolge überhöhter Preise ausgedehnt hat, die Gestehungskosten zu senken. Dieses Problem sei entscheidend.

Das Konjunkturforschungsinstitut sagt in seinem Bericht, auf eine Formel gebracht, dass alles, was heute durch die Regierung auf den Getreidemärkten geschieht, Unfug ist. Aber an das Problem, die Getreidepreise und die Gestehungskosten für Getreide zu senken, wollen Regierung und Landwirtschaft ja nicht heran. Der Familienbesitz ist ihnen wichtiger als die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung in RM je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,30 - 1,45, Rote Kartoffeln 1,45 - 1,55, Odenwälder Blaue -, andere Gelbfleischige 1,60 - 1,75, des Frostes wegen geringe Verladung. Fabrikkartoffeln 8,50 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Vergebliche Hoffnungen.

(Berliner Getreidebörse vom 26.Januar)

SPD. Die im Reich Landwirtschaftsministerium reichlich genährten Hoffnungen,dass die Kälteperiode doch endlich zu einer Frosthausse führen muss, haben sich auch am Donnerstag nicht erfüllt. Die Mühlen scheinen für ihre laufende Arbeit und für das an sich kleine Bedarfsgeschäft reichlich versorgt zu sein, sodass sie in der Aufnahme von Material noch immer freie Hand haben.Wenn die Kälte allerdings anhält, muss sich das Bild natürlich ändern. Vorläufig ist das Angebot nach wie vor überstark,besonders in Roggen,was bei den Berliner Preisverhältnissen, 5 Mark über Provinzpreisen,nicht wundern kann.Auch am Donnerstag waren die Stützungsstellen in der Hauptsache Käufer. Am Promptmarkt konnten die Notizen gehalten werden. Dagegen sind für beide Brotgetreidearten am Lieferungsmarkt die Notierungen für März und Mai abgesackt,da nach der Feststellung der ersten Notierung wieder reichliches Material auf den Markt kam.

	25.Jan.	26.Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	182 - 184	182 - 184
Roggen	149 - 151	149 - 151
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter= und Industriegerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	110 - 113	110 - 113
Weizenmehl	22,50 - 25,75	22,50 - 25,75
Roggenmehl	19,50 - 21,50	19,50 - 21,50
Weizenkleie	8,50 - 8,85	8,35 - 8,75
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 199 - 198½ (199), Mai 199¾ - 199¼ (199½); Roggen März 161½ - 160¾ (161½), Mai 162 - 161½ (162), Hafer März - (-), Mai - (125).

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle,RM je 50 kg einschliesslich Fracht, Spesen und Provision) Weisskohl 50 kg 3 bis 4,50, Wirsingkohl 6 - 8,50, Rotkohl 4 - 5,50, Rosenkohl Ia 25 - 28, Grünkohl 2,50 - 4, Mohrrüben gewaschen 3,50 - 4, Rübchen 4 - 6, do.echte 13 - 16, Kohlrüben 2,50 - 3, rote Rüben 2,50 - 3,50, Schwarzwurzeln Ia 22 - 25, Rettiche je n.Grösse Schock 4 - 5, Meerrettich 50 kg 20 - 25, Sellerie je n.Grösse 5 - 10, Porree je n.Grösse Schock 1 - 1,50, Petersilie grün je nach Bdgr. 100 Bd. 2,50 - 10, do.mit Wurzeln 50 kg 5 - 8, Edel=Champignons weiss IA 100 - 110, Zwiebeln sortiert grosse 5 - 6, do. unsortiert 5 - 5,50.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 26.Januar.Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I.Qualität 92, II.Qualität 85, abfallende Sorten 78 RM. Tendenz: fester.

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S.P.D.

Nr. 8. Berlin, den 26.Januar 1933.

Die Arbeiterfrau als Mutter.[x]

SPD. In unsrer Zeit des härtesten Kampfes ums Dasein steht auch die Erziehung des Kindes und bereits des Kleinkindes unter dem deutlichen Notzeichen einer wirtschaftlich aufs schwersten bedrohten Epoche. Das wirkt sich nicht nur materiell aus, durch Einschränkungen im Schulbudget, Schliessung von Kindergärten, Lehrerabbau, Vernachlässigung der Schulmittel und Schulräume sondern auch auf seelischem Gebiet. Von allen Seiten kommen die Klagen, dass die Kinder frühreif, unkindlich, ja, b ereits verbittert seien. Eltern und Lehrer beklagen sich über die tiefe Gleichgültigkeit heranwachsender Jugendlicher, die ohne jedes geistige Interesse seien und auf alle Vorhalte nur antworteten: "Was nützt uns Lernen und Studium und Wissenschaft, wenn doch keine Arbeit für uns da ist!" Selbst aus den Kindergärten hört man, dass die noch nicht Sechsjährigen zuweilen schon in ihren Spielen völlig von der Not des Elternhauses überschattet sind. Nicht nur, dass sie "Stempeln" und "Wohlfahrt" spielen, sie geben auch in ihren Ausdrücken und den begleitenden Gebärden d ie ganze Stimmung des Elternhauses wieder, die Verbitterung des untätig daheim sitzenden Mannes, den Streit zwischen den ebenfalls arbeitslosen älteren Geschwistern, zwischen denen die Mutter schlichten muss, und vieles andre, das sie täglich zu Hause erleben.

Mit Recht weist die moderne Psychologie den Erzieher auf diese Vorkommnisse hin und versucht, Gegenmassnahmen zu treffen, um den Kindern das Beste, was sie besitzen, eben ihr Kindsein, zu erhalten. Aber diese Aufgabe ist ungeheuer kompliziert, denn gerade in diesen Fällen ist die eigentliche Erzieherin des Kindes, zumal des Kleinkindes, doch vor allem die Mutter, die Arbeiterfrau die zu ihren vielen Sorgen und Nöten auch noch eine erzieherische Tätigkeit ausüben soll und das Kind seelisch von Verhältnissen lösen möchte, von denen es täglich und stündlich umgeben ist. In der Schule ist die Aufgabe viel einfacher. Hier kann eine befähigte, liebevolle Lehrerin diesen Kindern gleichsam eine neue Welt schaffen, die ihnen ein Gegengewicht und einen Ausgleich zu bringen vermag. Daheim aber stellen sich der Mutter als Erzieherin immer wieder die harten Tatsachen in den Weg.

Und doch ist die Aufgabe nicht unlösbar, denn unendlich viel ist schon gewonnen, wenn die Eltern sich bewusst werden, dass vieles auf das Kleinkind ganz anders wirkt als auf die Psyche des Erwachsenen, ja, dass ein Kind unter Umständen einen nie wieder gut zu machenden Schaden davontragen kann. Es ist sehr zu begrüssen, dass eine süddeutsche Erzieherin in einer billigen, ganz ausgezeichneten Schrift ("Probleme des Kindes" von Julie Aichele. Eine psychologische Studie. Beuren.) das Problem nicht nur theoretisch durchdacht hat, sondern vor allem auch eine Fülle von Beispielen aus ihrer langjährigen praktischen Erfahrung gibt, die gerade der Frau des Arbeiters und des Arbeitslosen wertvolle Fingerzeige sein können. So erzählt sie unter anderem von einem fünfjährigen Jungen, der in unschönster, derbster Weise sexuell aufgeklärt worden war und nur durch die verständnisvolle Behandlung der feinfühligen Mutter vor schlimmsten Folgen für seine Entwicklung bewahrt blieb. Ferner hatte sie eine Anzahl von Kindern zu betreuen, die ihren Kameraden gegenüber renommierten, sich als Herren aufspielten und dauernd bestrebt waren, durch Herrschsucht

alle zu unterjochen. Hier handelte es sich um Kinder, die in ihrem Selbstgefühl schwer erschüttert waren und in Spiel und Phantasie einen Ausgleich suchten. Sehr interessant ist auch die Erzählung von einem Siebenjährigen, der bei jeder Gelegenheit die fürchterlichsten Flüche aussprach. Er war mit Pferdeknecht eines Bierbrauers, der ihn oft mit auf seinen Wagen nahm, befreidet und hatte hier die "zarten" Worte gehört. Je mehr die Eltern sich gegen diese Freundschaft wehrten, je entsetzter die Mutterüber die Flüche war, umso schlimmer wurde es. Das Kind geriet schliesslich bei dem geringsten Anlass in Wutausbrüche und fluchte, dass den Umstehenden angst und bange wurde. Erst unter der Leitung einer verständnisvollen Lehrerin verlor sichdas Uebel, dessen Grund ebenfalls ein schwer erschüttertes Selbstgefühl war. Er war der Jüngste und fühlte sichvernachlässigt. Durch das Fluchen aber wurde die ganze Familie auf ihn aufmerksam, er stand im Mittelpunkt, und das wollte er. Ein andres Kind stotterte in erschreckender Weise. Der Grund war ein Missverhältnis zwischen seinem stark ausgeprägten Innenleben und der Unmöglichkeit, sich daheim auszusprechen. So bildete sich eine Stauung, die nur schwer zu lösen war.

Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, wie die verständnisvolle Erzieherin schon das Kleinkind in seiner Gesamtheit zu erfassen versucht, nämlich sowohl als Persönlichkeit wie als soziales Wesen. Das Ziel muss also sein,dem Kinde die Möglichkeit zu geben, seine Kräfte harmonisch zu entwickeln, weil nur der harmonisch entwickelte Mensch alle seine Anlagen entfalten kann. Was für den Erwachsenen eine Partei, eine Berufsgemeinschaft, der Staat, bedeutet, das ist für das Kind die Familie: sein Wirkungsfeld, seine Gemeinschaft, der es bedarf, der er angehört. Das Kind ist hilfsbedürftig, schwach, es ist wahllos seiner Gemeinschaft preisgegeben. Von der Art also, wie die Familie ihm gegenübertritt, wieviel Liebe sie ihm entgegenbringt, wieviel Verständnis es erwärten darf, hängt zum grossen Teil seine spätere Entwicklung ab.

Welche praktischen Folgerungen lassen sich daraus vor allem für den Proletarierhaushalt, für die Frau des Arbeiters oder gar des Arbeitslosen ableiten. Manches wird hier, selbst bei bestem Willen, hemmend wirken müssen, vor allem die Enge der Häuslichkeit und die materielle Not, die das Geistig-Seelische stets zu überwuchern droht. Andrerseits aber kann auch vieles vermieden werden, sobald die Eltern in gegenseitigem Einvernehmen die Gegenwart des Kindes zum Anlass nehmen, bittere Erlebnisse, Streitigkeiten, Familienärger für eine Aussprache unter vier Augen aufzusparen. Auf der andern Seite gilt es, dem Kinde möglichst viel Positives innerhalb seiner kleinen Gemeinschaft zu vermitteln, und dasist vor allem Liebe, ruhige, gleichmässige Behandlung und Verständnis. Es ist schon für den Erwachsenen schwierig, ja, manchmal unerträglich mit seiner Umgebung in dauerndem Widerspruch zu stehen: Viele nervöse Störungen aller Art sind eine der Folgen. Für das Kind aber ist ein solcher Konflikt noch weit bedeutungsvoller, denn er wirft einen Schatten voraus, den es manchmal sein ganzes Leben hindurch nicht mehr loswerden kann. Freilich erfordert eine solche Auffassung von Erziehung schon des Kleinkindes gerade von der Arbeiterfrau als Mutter sehr viel Disziplin, viel innere Ruhe und ein grosses Feingefühl für das Seelenleben eines Kindes. Aber das Ziel dieser Aufgabe ist den grossen Einsatz wert: die Zukunft der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, das Werden junger Kräfte, die das Erbe von Marx und Engels, von Bebel und Lassalle weiterführen sollen.

m-.

SPD. Der Weg zur Schönheit.[x] "Herr Posel sagt, ich sei jedesmal, wenn er mich besucht, schöner geworden."

"Warum forderst du ihn dann nicht auf, dich öfters zu besuchen?"

Vom Königsbett ins Kloster.[x]

SPD. Das Gedenken des 200.Todestages des am 1.Februar 1733 verstorbenen sächsischen Kurfürsten August des Starken weckt auch Erinnerungen an die ihm lange in Liebe verbundene Aurora von Königsmark, jene schwedische Gräfin, die nach Dresden kam, dort am Hofe Favoritin wurde und schliesslich ihren Lebensabend in einem Kloster verbrachte, wo sie fünf Jahre früher als ihr Geliebter, der Sachsenkurfürst und Polenkönig, starb. Sie ist nicht das einzige Fürstenliebchen, das, von Hofpracht und Königsgunst verlassen, den Weg ins fromme Klosterstift nehmen musste, um dort die letzten Lebensjahre in etwas ruhigerer Art zu verbringen. Ja, es scheint fast, als hätten die bevorrechteten einstmaligen Nutzniesser weiblicher Schönheit einen Spass darin gesehen, das alte Wort wahr zu machen: Junge Hure, alte Betschwester.

Schön wie der junge Tag soll Aurora gewesen sein,als sie die Mätresse des sächsischen August wurde, dem sie ebenso wie seine vielen andern Liebsten Kinder gebar. (Dieser Fürst war ob seiner mehr als zahlreichen leiblichen Kinder im wahrsten Wortsinn ein Landesvater...) Fünf, sechs Jahre währte das höfische Glück, dann hiess es abtreten und fromm werden. Freilich mit einem entsprechenden Rang; Aurora wurde Pröpstin des adligen Damenstifts in Quedlinburg. Im Keller der dortigen Domkirche steht ihr Sarg. Bis in unsre Zeit hinein war er offen. Für jedermann sichtbar, lag, vom Salpetergehalt des Steinkellers geschützt, unverwest die schöne Frau im Sarge. Besucher kamen und gingen. Und wenn sie gingen, so nahmen sie nicht selten ein Fetzchen von der grossen Staatsrobe der Frau mit. Zur Erinnerung. Bis dann vor einer Reihe von Jahren der wuchtige Sarkophag für die Öffentlichkeit geschlossen ward. Man mochte dieser Beraubung nicht mehr länger tatenlos zusehen.....

Erwähnenswert ist, dass Auroras Bruder als schwedischer Oberst und Abenteurer nach Hannover kam, um dort sein Glück zu machen. Doch war er vom Geschick weniger begünstigt als seine schwarzhaarige Schwester. Das Liebesverhältnis, das er mit der hannoverschen Prinzessin Sophie Dorothea anknüpfte, hatte zur Folge, dass er auf höheren Befehl ermordet wurde. Sein Schicksal erinnert an das jenes immer wieder neu in Romanen auftauchenden Barons Trenck, der sich am Hofe des Preussenkönigs Friedrich II. gewissen Illusionen hingab, um sich dann eines Tages plötzlich auf der Festung Glatz zu finden.

Jener preussische Friedrich war es bekanntlich auch, der zunächst ein paar Jahre lang die berühmte italienische Tänzerin Barberina mit vielerlei Gunstbezeugungen überhäufte, ja, ihrethalben beinahe eine grosse diplomatische Aktion mit der Republik Venedig anfing, um die Tänzerin dann fern von Berlin nach dem schlesischen Glogau zu verbannen, weil die bewunderte Tänzerin sich gegen den Willen des Königs mit dem Baron Cocceji heimlich vermählt hatte. Cocceji, der Regierungspräsident in Glogau wurde, wandte sich freilich recht schnell von dem einstigen Liebchen vieler grosser Herren ab. Eine Andre hatte es ihm angetan; die Ehe wurde geschieden; die Baronin gründete ein Frauenstift und starb einige Jahrzehnte später in dem kleinen Dorfe Barschau als Oberin dieses Stiftes. Sie wurde, ganz gegen ihren testamentlichen Willen, im Keller des katholischen Kirchleins in Hochkirch beigesetzt. Vor einigen Jahren stand ich an dieser Stätte. Mit den verbleichten Knochen der einstigen Königsfreundin hatten damals bei einer Renovierung des weltabgelegenen Dorfkirchleins neugierige Kinder gespielt. Bis dem Unfug ein Ende gemacht und der Zugang vermauert wurde....

Besser ins Kloster als etwa nach dem entsetzlichen Vorbilde der englischen Geschichte aufs Schafott, wo zwei der legitimen Gemahlinnen Heinrichs des Achten endeten, mag auch die Mätresse Ludwigs des Vierzehnten von Frankreich gedacht haben, als sie mit erst fünfzig Jahren den Weg in die Kirchenstille gehen musste. Jene Marquise von Montespan, die erst (oder auch schon)

vier Jahre verheiratet war, als sie dem genusssüchtigen König in die Hände fiel, dem sie im Laufe der Jahre nicht weniger als sieben Kinder geboren hat. Diese Kinder wurden in der Hauptsache von ihrer Nachfolgerin in der königlichen Liebesgunst, der Marquise von Maintenon, erzogen. Diese gewann nicht nur die Liebe des Königs, sie erlangte auch einen grossen Einfluss auf die Staatsangelegenheiten. Ihr Leben beschloss sie in dem Fräulein-Stift St.Cyr, 84jährig.

Schliesslich hatte auch schon die Vorgängerin der Montespan im Kloster geendet, die grosse Kokotte Lavallière. Die Montespan hatte es verstanden, sie in der Gunst des König auszustechen und sich an ihre Stelle zu setzen oder vielmehr zu legen.... Sie ist übrigens nicht zu verwechseln mit einer grossen Pariser Bühnenkünstlerin gleichen Namens, der ebenfalls allerlei Personen von Rang zu Füssen lagen, die Triumphe über Triumphe feierte, und die dann eines Tages zerknirscht nach Lourdes wallfahrtete, um später gar als fromme Missionsschwester in Afrika tätig zu sein. Doch das war lange nach dem ancien régime.

Unter der alten absoluten Königsherrschaft, in der das niedere Volk von den privilegierten Machthabern aufs gewissenloseste unterdrückt und ausgebeutet wurde, gab es für die abgedankten Hofgeliebten noch die Möglichkeit, wenn auch widerwillig, in einem weltabgeschiedenen Kloster den Lebensabend beschaulich zu verbringen. Als der Unmut des Volkes aufs höchste gestiegen war und die Revolution sich anschickte, mit alten Vorrechten aufzuräumen, waren diese Zeiten vorbei. Und so endete die heute wieder einmal zu einer Operettenkönigin gewordene Madame Dubarry, die Geliebte des fünfzehnten Ludwig, bereits unter der Guillotine. Es wurde ihr der Vorwurf der Begünstigung der Emigranten gemacht.

J. Kliche.

Untergang einer Generation.[x]

SPD. Eine verängstigte Mutter bringt einen hochfiebernden Sechsjährigen in die Universitätsklinik zu Berlin. Die Ärzte stellen Lungenentzündung fest; das Kind wird gleich da behalten. Als nach bangen Tagen die Krisis überstanden ist, werden die Ärzte auf andre Geräusche in der Lunge aufmerksam. Ihre Vermutung bestätigt sich: das Kind hat Tuberkulose! Die sofort vorgenommene Untersuchung der ganzen Familie bringt das erschreckende Resultat, dass auch die übrigen drei Kinder tuberkulös infiziert sind; die Eltern dagegen sind gesund. Als Ansteckungsquelle wird die lungenkranke Grossmutter ermittelt, dern Haushalt - Stube und Küche - die Familie mitbewohnt, seitdem die Not sie zwang, ihre eigene Wohnung aufzugeben und zu der Grossmutter zu ziehen.

Wahrlich, eine grausig-anschauliche Illustration bildet dieser aktenmässige Fall einer Berliner Fürsorgestelle zu der höhnischen Parole vom "Wohlfahrtsstaat", unter der der Baron von Papen als Vertreter der Herrenclique seinen rücksichtslosen Feldzug gegen das Proletariat und die noch vorhandenen Reste sozialer Fürsorge einleitete. "Das deutsche Volk muss sich wieder emporhungern!" -: dieses Wort gilt nicht für die Industriekapitäne und Grossagrarier, für die mit Subventionen und "Hilfen" immer noch reichlich gesorgt wird; es trifft umso mehr zu auf jene, denen man die Löhne und Unterstützungen in einem Masse gekürzt hat, deren Lebensstandard in einer Weise verschlechtert worden ist, dass bald nicht mehr von einem Ernährungszustand, sondern nur noch von einem Unterernährungszustand breitester Bevölkerungskreise gesprochen werden kann. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, dass immer häufiger in letzter Zeit die Stimmen Berufener laut werden, die auf die ungeheure Gefahr besonders für die kommende Generation, hervorgerufen durch die brutale Notverordnungspolitik, die radikale Einschränkung aller Fürsorgemassnahmen unter der

Aera Papen-Schleicher, hinweisen. Mit nie erreichter Deutlichkeit beweist sich hierdurch die Tatsache, dass in Krisenzeiten gerade diejenigen Schichten der Bevölkerung die Last der zerrütteten Verhältnisse in ihrer ganzen erdrückend Schwere zu spüren bekommen, die auch schon vorher, unter günstigeren Verhältnissen, nur über das zum Leben Notwendigste verfügten. Eindringlicher denn je zeigt sich aber auch, dass die Vertreter des vor dem Zusammenbruch stehen kapitalistischen Systems vor nichts zurückschrecken, um diesen Zusammenbruch noch einmal aufzuhalten; und dass sie, wenn sie davon eine Festigung ihrer Machtstellung erhoffen können, keine Bedenken haben, eine ganze Generation dem sicheren Verderben preiszugeben. Während man mit der einen Hand Hunderte von Millionen für sinnlose "Ankurbelungs"-experimente hinauswirft und eine Industrie subventioniert, die an der Sinnlosigkeit ihres eigenen Produktionssystems zugrunde geht, während man unfähigen Grossgrundbesitzern ihre Güter entschuldet, nimmt man mit der andern Hand Millionen Menschen den grössten Teil ihrer kärglichen Unterstützung oder streicht sie ihnen völlig und schafft so ein Massenelend, das in schauerlichem Gegensatze zu den hochtönenden Phrasen der "Erneuerer Deutschlands" steht.

Im rechten Augenblick erschien ein Buch, das an Hand typischer Beispiele (das eingangs angeführte ist eins davon) zeigt, welche Gefahr gerade der jüngsten Generation droht. Die "Deutsche Kinderfibel" (Verlag Rowohlt, Berlin), deren in der Berliner Fürsorge tätige Verfasser tagtäglich das ganze erschreckende Elend vor Augen haben, lässt aus den Akten Bilder von so grausiger Eindringlichkeit erstehen, dass es keines Kommentars bedarf. Wir sehen (und das in einem Zeitpunkt, da in Berlin 26 000 Wohnungen, davon 15 000 Kleinwohnungen leer stehen, weil sie aus Mangel an Mietsmitteln nicht bezogen werden können), wie zehn Personen in einem engen Wohnraume mit drei Betten zusammengepfercht hausen; wir erleben, wie Kinder, gezwungen, mit Eltern und erwachsenen Geschwistern zusammen zu schlafen, Nacht für Nacht Zeugen geschlechtlicher Vorgänge sein müssen und nie wieder gutzumachenden seelischen Schaden davontragen; wir erfahren an Hand von Beispielen, welcher Art die Ernährung in den Familien Arbeitsloser und noch in Arbeit Stehender ist, wie durch ständig unzureichende, qualitativ minderwertige Kost besonders die Kinder in einen Zustand der Unterernährung und Widerstandslosigkeit gegenüber Krankheiten geraten, und wir finden die erschütternde Bilanz dieser Zustände im Bericht eines Arztes, der mit dürren Worten besagt: "Der Vergleich der klinischen Beobachtungen in den Jahren 1929-31 ergibt...., dass die Zahl der schweren Lungentuberkulosen, die zur Hospitalisierung gekommen sind, ebenso zugenommen hat wie die Schwere der Bronchialdrüsentuberkulosen; insbesondere wurde noch niemals eine solche Häufung grosstumoriger Hilusdrüsentuberkulosen beobachtet. Das bedeutet...einen erheblichen Zuwachs an den Formen der Kindertuberkulose, für die langfristige Fürsorgemassnahmen erforderlich sind." - Stattdessen: Abbau der Tuberkulosefürsorge, der Verschickungen, Ernährungsbeihilfen und Mietszuschüsse; Senkung der Unterstützungen und des Lohnniveaus - alles im Namen der "autoritären" einseitigen Sparpolitik!

Ebenfalls ein Produkt dieser "Sparmassnahmen" ist die Notverordnung über die sogenannte "Reform" der Fürsorgeerziehung, nach der die in Fürsorge Befindlichen jetzt schon bei Vollendung des 19.Lebensjahres entlassen werden. Sie bestimmt ferner die Entlassung Schwer- und Unerziehbarer, bei denen es sich hauptsächlich um schwachsinnige und schwer psychopathische Jugendliche, also Kranke, handelt. Gleichzeitig erfolgt eine erhebliche Reduzierung der Heime, allein im Bezirk Berlin von 90 auf 40! Diese Zahl spricht für sich. Zugegeben, dass die gegenwärtige Form der Fürsorgeerziehung kein Ideal darstellt - ein Vorteil jedoch hat sie auf jeden Fall: sie schafft einen Teil gefährdeter Jugendlicher von der Strasse weg. Was jedoch soll aus ihnen werden, wenn sie jetzt plötzlich zu Tausenden auf die Strasse gesetzt werden, ohne Obdach, ohne Arbeit, ohne Geld? Die Antwort liegt nahe: Sie gehen der Gesellschaft

endgültig verloren, begehen Verzweiflungstaten..., und das Ende sind Gefängnis- oder Zuchthaus, zu dem sie verurteilt werden von den Gerichten des gleichen Systems, dessen unschuldige Opfer sie sind!

Für uns aber entsteht die Frage: Was sollen wir dagegen tun? Dürfen wir müssig zusehen, wie eine zum Untergang verurteilte Gesellschaftsschicht in ihrem Bemühen, die erschütterte Position um jeden Preis zu festigen, durch brutale Willkürmassnahmen eine ganze Generation hinopfert? - Nein! Mit Recht sagen die Verfasser des erwähnten Buches, dass es Kampf gilt, zähen, erbitterten Kampf gegen den Abbau auch der kleinsten sozialen Errungenschaft. Wir müssen uns darüber klar sein, dass dieser Abbau noch lange nicht seinen tiefsten Stand erreicht hat, sondern dass das Ziel der Reaktion die vollständige Zertrümmerung aller sozialen Fürsorgeinstitutionen bedeutet. Völlige Schutzlosigkeit der arbeitenden Klasse - dagegen gilt es zu kämpfen, um nicht zurückzusinken in Barbarei; es gilt den Kampf der gesamten Arbeiterklasse um ihre Zukunft, denn "sie allein trägt die Zukunft..., und ihre Zukunft liegt in ihrer eigenen starken Hand!"

Walter Schirmeier.

Der Fächer.[x]

SPD. Der Fächer, den wir uns meist als ein Luxus- und Schmuckstück eleganter Damen in nicht zu lange vergangener Zeit vorzustellen pflegen, ist in Wirklichkeit ein ganz altes und überall vorhandenes Beiwerk der Frauenkleidung oder vielmehr des Frauenschmucks gewesen. Man findet ihn schon vor mehr als 2000 Jahren vor Christi Geburt im alten Babylon. Dort ist er auf sogenannten Siegelzylindern abgebildet. Man findet ihn aber auch bei den ganz einfachen Naturvölkern der ältesten Zeit wie der Gegenwart. Besonders in heissen Ländern war er willkommen, um Kühlung zu schaffen. Anscheinend benutzte man vielfach zunächst natürliche Palmenblätter als Fächer. Die Eingeborenen im Innern Südamerikas und Afrikas haben sich Fächerformen geschaffen, die die Blattform nachahmen, also einen Stil wie ein Blatt und daran einen Wedel haben. Viele Fächer sind geflochten, und das Flechten ist eine ganz alte Technik, die dem Weben vorausging. Man hat unter den Altertümern amerikanischer Naturvölker aus Palmblättern geflochtene Fächer gefunden, die sicher schon abgefertigt worden sind, ehe die europäischen Eroberer das Land betraten. Auf Samoa haben die Eingeborenen hübsche sternförmige Fächer, in die sie bunte Muster einflechten. Andre Fächer haben die Form von Rädern oder Fahnen.

Ebenso verschieden wie die Form ist auch das Material, aus dem Fächer gefertigt werden oder wurden. Es gibt Fächer von Baumwollstoff, von Leder, von haarigen Fellen, von Holz und vor allem von Federn, die ja besonders gut geeignet sind, sich Kühlung zuzufächeln. Schöne Fächer aus Pfauenfedern hat man in Kalkutta gefunden. Der Pascha liess sich von den Haremsfrauen oder Sklavinnen Kühlung zufächeln, auch mit Federfächern. In China und Japan dagegen benutzte man kostbarstes Material, Elfenbein und Perlmutter, das man zierlich schnitzte. Im 18.Jahrhundert und schon im Ausgang des siebzehnten wurden besonders in Frankreich diese kostbaren Schnitzereien als Gestelle für die Faltfächer, die dann in Europa die Mode beherrschten, benutzt. In der sogenannten Schäferzeit, in der Zeit des Rokoko, benutzten die eleganten Damen diese Fächer, und grosse Maler, so der Franzose Watteau, schmückten sie mit allerlei zierlichen Malereien, die meist Schäferszenen darstellten. Als die französische Revolution kam, verherrlichte man auch sie auf den Fächern. Die französischen Bürgerinnen trugen damals Fächer, auf denen die Revolutionsführer Danton, Robespierre, Marat dargestellt waren, auch die Erstürmung der Ba-

stille und die Vernichtung der französischen Geistlichkeit. So sind diese alten Fächer zugleich zeitgeschichtlich interessant. Auch der erste Aufstieg eines Luftschiffs, der Mongolfiere in Versailles, wurde auf einem Fächer verewigt. In Berlin haben in der zweiten Hälfte des 19.Jahrhunderts die bekanntesten Maler ebenfalls Fächer gemalt. So existieren eine Fächerzeichnung von Max Liebermann, Fächer mit Tierbildern von dem bekannten Tiermaler Paul Meyheim, und selbst der sonst etwas steifleinene Direktor der Berliner Kunstakademie, Anton von Werner, der mit Vorliebe pompöse Historienbilder malte, hat sich ebenso zum Fächerschmuck herabgelassen wie der lustige Zeichner der "Fliegenden Blätter", Grützner, der drastische Volkstypen verewigte.

Auch die klassische Antike der Griechen und Römer kannte Fächer. Besonders reich ausgestattete hatten die Damen der luxuriösen römischen Kaiserzeit. Die Griechen hatten eine hübsche Sage über die Entstehung des Fächers. Der Liebesgott Eros kam dazu, als Zephyr, der Gott der Westwinde, die schöne Psyche, die Geliebte des Eros, umschmeichelte und ihre Lippen berührte, während sie schlief. Er warf den Windgott wütend hinaus und riss ihm einen Flügel aus, mit dem Psyche sich dann Kühlung zufächelte. Und die Chinesen erzählen, dass bei einem Tanzfeste - die chinesischen Frauen mussten damals ausser dem Hause Larven vor dem Gesichte tragen - ein besonders schönes Mädchen, Iam-Si, sich in der Hitze die Larve abgerissen und sich damit gefächelt habe. Das habe so hübsch ausgesehen, dass alle Frauen nun solche Fächer haben wollten. Viele Dichter haben den Fächer besungen, antike Dichter, der Perser Hafis und auch Goethe, dessen Verse den Schluss dieser Betrachtung bilden mögen:

Der Fächer ist nur ein lieblicher Flor,
Er verbirgt mir zwar das Gesicht.
Aber das Mädchen verbirgt er nicht,
Weil das Schönste, was sie besitzt,
Das Auge, mir ins Auge blitzt.

H.L.

SPD. Unerwartete Wirkung.[x] "Ich habe furchdbaren Ärjr mid meiner Aldn."
"Wieso denn?"
"Die gibd zu viel Geld aus.
"Warum denn?"
"Neben uns wohnen Hasengleins."
"Was haddn das middm Geldausgeben zu dun."
"Und diese Frau Hasenglein, das is änne ganz eingebildede alde Gurrge. Die lebd über ihre Verhäldnisse, bloss um Eindrugg auf uns zu machen."
"Das gann Ihnen doch biebe sein."
"Nein. Weil Frau Hasenglein über ihre Verhäldnisse lebt, um Eindrugg auf uns zu machen, had meine Frau nu angefangen, über unsere Verhäldnisse zu leben um Eindrugg auf Hasengleins zu machen."

SPD. Die Motorbraut.[x] Wacke zeigt seinem Freunde Theo den neuen Beiwagen zu seinem Motorrade. "Kostet dreihundert Mark," sagt er. Im Beiwagen sitzt Fräulein Elli. Der Freund fragt, ein kleines Scherzchen riskierend: "Mit oder ohne Inhalt?" Da zischt Fräulein Elli: "Mein Herr, was erlauben Sie sich? Wenn ich jemanden liebe, dann nehme ich nichts dafür!"